



INHALT: Verordnungen – Regierungssitzung – Kundmachungen – Sparkasse Allgäu, Land Bayern (Jahresbilanz 31. Dezember 2015)

Verordnung

Zulassung des zeitweisen Abschusses für Rabenkrähen und Elstern in den Jagdjahren 2016/17, 2017/18 und 2018/19

Gemäß den § 27a Abs. 2 lit. c sowie Abs. 4 und 5 der Jagdverordnung, LGBl.Nr. 24/1994 in der geltenden Fassung, gilt zur Abwendung erheblicher landwirtschaftlicher Schäden in den Jagdjahren 2016/17, 2017/18, 2018/19 im Bezirk Bludenz folgende Ausnahmeregelung:

§ 1

Rabenkrähen

- (1) In den Jagdjahren 2016/17, 2017/18 und 2018/19 dürfen die Rabenkrähen vom 11. August bis 28. Februar bzw. 29. Februar bejagt werden.
- (2) Die Bejagung von Rabenkrähen ist nur außerhalb von Naturschutz- und Natura 2000 Gebieten und nur in Gebieten, in denen erhebliche Schäden auftreten, erlaubt, sofern nicht andere wirksame Schutzmaßnahmen ergriffen werden können.
- (3) Eine Bejagung ist nur mit Zustimmung des örtlich zuständigen Jagdschutzorgans und nur mit jagdrechtlich zugelassenen Mitteln und Methoden erlaubt.
- (4) Außerhalb der in Abs. 1 genannten Schusszeit dürfen Rabenkrähen nur nach vorheriger Zustimmung der Bezirkshauptmannschaft Bludenz bejagt werden.

§ 2

Elstern

- (1) In den Jagdjahren 2016/17, 2017/18 und 2018/19 dürfen die Elstern vom 1. August bis 19. Februar bejagt werden.
- (2) Die Bestimmungen des § 1 Abs. 2 bis 4 gelten sinngemäß.

§ 3

Kontrollmaßnahmen

Die Einhaltung dieser Verordnung ist von den örtlich zuständigen Jagdschutzorganen zu kontrollieren. Die Abschüsse sind von den Jagdnutzungsberechtigten mit der Abschussliste bis zum 10. April jeden Jahres zu melden.

Der Bezirkshauptmann

in Vertretung

Mag. Arnold Brunner

Verordnung

der Bezirkshauptmannschaft Bregenz über eine Einengung der Schiffahrtsrinne in der Fußacher Bucht

Auf des Grund Art. 5 Abs. 4 und 5 des Übereinkommens über die Schifffahrt auf dem Bodensee, BGBl.Nr. 632/1975, in Verbindung mit § 5.01 Abs. 3 der Bodensee-Schifffahrts-Ordnung, BGBl.Nr. 93/1976, wird verordnet:

§ 1

In der gekennzeichneten Schifffahrtsrinne zwischen der Fußacher Bucht und dem offenen Bodensee wird auf einer Länge von 750 Metern, beginnend etwa in der Mitte zwischen den Pfahlpaaren 5 und 6 und endend etwa in der Mitte zwischen den Pfahlpaaren 8 und 9, die Fahrinnenbreite von 60 bis 70 Metern auf der Westseite um circa 25 Meter eingengt.

Die gekennzeichnete Schifffahrtsrinne darf im bezeichneten Abschnitt (Abs. 1) nur in einem Abstand von mehr als 25 Metern von der westseitigen Pfahlreihe entfernt benutzt werden.

§ 2

Für die Einengung des Fahrwassers sind die entsprechenden Schifffahrtszeichen gemäß C.3. der Anlage B der Bodensee-Schifffahrts-Ordnung anzubringen.

§ 3

Übertretungen dieser Verordnung werden gemäß Art. II des Bundesgesetzes vom 27. Jänner 1976 über die Behördenzuständigkeit und die Ahndung von Verwaltungsübertretungen in Angelegenheiten der Schifffahrt auf dem Bodensee sowie über die Änderung des Schifffahrtspolizeigesetzes, BGBl.Nr. 65/1976, von der Bezirkshauptmannschaft Bregenz bestraft.

§ 4

Diese Verordnung ist durch die Schifffahrtszeichen gemäß § 2 kundzumachen und tritt mit deren Anbringung in Kraft. Die Geltungsdauer dieser Verordnung wird vorläufig bis zum 31. Dezember 2018 befristet.

Der Bezirkshauptmann

Dr. Elmar Zech

27. Sitzung

**der Vorarlberger Landesregierung
am 26. Juli 2016**

BESCHLÜSSE:

Der Durchführung von mehreren „Art of Hosting“-Veranstaltungen zur Ausbildung von Prozessbegleitern wird zugestimmt und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt.

Der Bürgerratsbericht zum Thema „Jugend-Zukunft-Chancen“ wird zur Kenntnis genommen.

Der Äußerung zum Antrag des Landesvolksanwaltes auf Aufhebung der Campingverordnung der Stadt Dornbirn an den Verfassungsgerichtshof wird zugestimmt.

Die Entwicklung und Implementierung der erforderlichen Programmfunktionalität zur effizienten Abdeckung der gesetzlichen Anforderung gemäß dem Meldepflicht Änderungsgesetz wird in Auftrag gegeben.

Dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Vorarlberg, wird die Durchführung einer Grenzsammlung am 3. und 4. September 2016 bewilligt.

Den Umbauarbeiten in der Rettungs- und Feuerwehrleitstelle in Feldkirch für den Betrieb der Gesundheitshotline „Telefon- und webbasiertes Erstkontakt- und Beratungsservice - TEWEB“ wird zugestimmt.

Die Erstellung eines Lastenheftes als Grundlage für das erforderliche Vergabeverfahren zur Ersatzbeschaffung des bestehenden Alarmierungssystems „ALS II“ wird in Auftrag gegeben.

Die Ausarbeitung eines Entwicklungskonzeptes für das Flugfeld Altenrhein wird gemeinsam mit dem Kanton St. Gallen in Auftrag gegeben.

Für öffentliche Bibliotheken und Ludotheken werden Landesmittel zur Verfügung gestellt.

Dem Magazin 4 – Bregenzer Kunstverein (Ausstellungsprogramm 2016), der Gemeinde Schröcken (besondere Bedarfszuweisungen zur Finanzierung des Gebarungsabganges 2015), dem Vorarlberger Gemeindeverband (Personalkostenzuschüsse für die Anstellung eines „Kümmers“ für Gemeindekooperationen), dem Verein Aktion Mitarbeit, Projektstelle für Zuwanderung und Integration „okay.zusammen leben“ (Programm „mehr Sprache - Frühe Sprachförderung und Mehrsprachigkeit“), der Olympiazentrum Vorarlberg GmbH (Bewegungsaktion „Bewegte Kindheit“), verschiedenen Antragsstellern (Inseratenkampagne 2016 des Einzelhandels „Einkaufen... am liebsten in Vorarlberg“), der Marktgemeinde Götzis (Moosgraben, km 0,25 bis km 0,55, Renaturierung, REV 2015), der Marktgemeinde Rankweil (Renaturierung Mühlbach, Abschnitt „In Reben“), der Stadt Hohenems (Steinschlagschutz Reutestraße SM 2016, Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung), der Stadt Hohenems, (Rheintalbinnenkanal, km 8,280 bis km 9,652, Hochwasserschutz BA 08) und der Wassergenossenschaft Mellau (Wasserversorgungsanlage BA II) werden Beiträge gewährt.

Dem Ankauf von sieben Dienstfahrzeugen für das Amt der Vorarlberger Landesregierung (KFZ-Pool Bregenz und KFZ-Pool Feldkirch-Straßenbau) wird zugestimmt.

Der Umbau des Sanatoriums Mehrerau wird genehmigt.

Den Öffentlichkeitsarbeiten und sonstigen Maßnahmen zur Umsetzung der Landwirtschaftsstrategie 2020 „Ökoland Vorarlberg – regional und fair“ wird zugestimmt.

Der Gewährung der Alpengsprämie 2016, der teilweisen Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge und der Beihilfe für kleine landwirtschaftliche Betriebe wird zugestimmt.

Der Auftrag zur Durchführung der Verkehrsregelungsmaßnahmen auf den Zollamtsplätzen Wolfurt und Tisis wird vergeben.

Der Zusatzauftrag zur Durchführung der Wirkungsanalyse im Rahmen des Auftrages zur Prüfung der Systemalternativen L 188 Montafoner Straße, Umfahrung Lorüns, wird vergeben.

Der Vergabe eines ergänzenden Auftrags für planerische Arbeiten am Projekt „Grünzone.Wert.Ausgleich“ wird zugestimmt.

An der L 202, Schweizer Straße, Höchst, wird linksseitig von km 10,392 (Zollamtsplatz) bis zur Gemeindegrenze Höchst – St. Margrethen ein Geh- und Radweg erstellt.

Die erforderlichen Bauarbeiten für die Sofortmaßnahmen an der L 25, Müselbacher Straße in Langenegg zwischen km 2,70 und km 2,80 werden vergeben.

Die Förderungsrichtlinien Siedlungswasserbau für die Gewährung von Förderungsbeiträgen für die Abwasserentsorgungs-, Schlammbehandlungs- und Wasserversorgungsanlagen sowie für die Betriebskosten der Gemeinden in der Abwasserentsorgung, Stand 2016, werden genehmigt und treten rückwirkend mit 1. Jänner 2016 in Kraft.

Die Instandhaltungs- und Kleinmaßnahmen mit einem Erfordernis unter 110.000 Euro für den Flussbau in Vorarlberg werden gemäß den Sammelverzeichnissen technisch und finanziell genehmigt.

Der Bericht sowie der strategische Ansatz der Landeskoordination für Konventionsflüchtlinge und Bleibeberechtigte wird zur Kenntnis genommen.

Für die Vorarlberger Landesregierung
im Auftrag
Mag. Barbara Wieser

Kundmachung

über die Auflage des Umlegungsplanes „Hofstall“ der Gemeinde Bludesch

Gemäß § 47 Abs. 1 Raumplanungsgesetz, LGBl.Nr. 39/1996, wird der von der Gemeinde Bludesch vorgelegte Umlegungsplan „Hofstall“ in der Zeit vom 8. August 2016 bis 8. September 2016 im Gemeindeamt Bludesch zur allgemeinen Einsicht aufgelegt.

Während der Auflagefrist kann jeder Eigentümer und dinglich Berechtigte von bzw. an Grundstücken, die in die Umlegung einbezogen sind, zum Umlegungsplan beim Gemeindeamt Bludesch schriftlich Einwendungen erheben oder Änderungsvorschläge erstatten.

Für die Vorarlberger Landesregierung
im Auftrag
Ing. Helmut Amann

Kundmachung

über die Auflage des Umlegungsplanes „Räterweg“ der Stadt Feldkirch

Gemäß § 47 Abs. 1 Raumplanungsgesetz, LGBl.Nr. 39/1996, wird der von der Stadt Feldkirch vorgelegte Umlegungsplan „Räterweg“ in der Zeit vom 8. August 2016 bis 8. September 2016 im Amt der Stadt Feldkirch zur allgemeinen Einsicht aufgelegt.

Während der Auflagefrist kann jeder Eigentümer und dinglich Berechtigte von bzw. an Grundstücken, die in die Umlegung einbezogen sind, zum Umlegungsplan beim Amt der Stadt Feldkirch schriftlich Einwendungen erheben oder Änderungsvorschläge erstatten.

Für die Vorarlberger Landesregierung
im Auftrag
Ing. Helmut Amann

Kundmachung

Im März 2008 erfolgte in der Gemeinde Andelsbuch die Einleitung des Flurbereinigungsverfahrens Andelsbuch – Bühel.

Mit dem Bescheid der Agrarbezirksbehörde Bregenz, Zahl ABB-304.22/0013, vom 10. Juni 2016 wurde das GST-NR 1342/2, Katastralgemeinde 91001 Andelsbuch, aus dem Flurbereinigungsgebiet ausgeschieden.

Gemäß § 86 Abs. 1 des Flurverfassungsgesetzes, LGBl.Nr. 2/1979 in der Fassung LGBl.Nr. 44/2013, wird hiermit verlautbart, dass der vorzitierte Bescheid vom 10. Juni 2016 in Rechtskraft erwachsen ist.

Der Amtsvorstand
Dipl.Ing. Walter Vögel

Kundmachung

Mit Bescheid der Gemeinde Sonntag vom 30. Mai 2016, Zahl SO/616. 0-3/2016, wurde die Bildung der Straßengenossenschaft "Sonntag-Boden" gemäß § 25 Abs. 1 und 2 des Straßengesetzes, LGBl.Nr. 79/2012, in der Fassung LGBl.Nr. 44/2013 anerkannt. Dieser Bescheid ist in Rechtskraft erwachsen.

Die Genossenschaftsstraße "Sonntag-Boden" mit einer Länge von ca. 208m beginnt abzweigend vom Güterweg Sonntag-Bregenzer-Halde und endet bei der Grundstücksgrenze GST-NR 204/1.

Der Bürgermeister
Bgm. Franz Ferdinand Türtscher

Sparkasse Allgäu

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015

Aktivseite	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015			
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		55.867.739,77		56.031
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		33.042.065,54		30.396
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank	32.049.584,20 EUR			(29.169)
			88.909.805,31	86.427
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		---		---
b) Wechsel		---		---
			---	---
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		11.175.089,84		29.958
b) andere Forderungen		471.704.739,10		634.499
			482.879.828,94	664.457
4. Forderungen an Kunden			2.764.577.440,79	2.620.585
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	1.215.910.501,92 EUR			(1.177.286)
Kommunalkredite	208.798.073,06 EUR			(217.734)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	---			---
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	---			(---)
ab) von anderen Emittenten	---			---
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	---			(---)
			---	---
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	101.071.991,80			70.874
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	101.071.991,80 EUR			(70.874)
bb) von anderen Emittenten	452.634.782,59			364.104
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	452.634.782,59 EUR			(364.104)
		553.706.774,39		434.978
c) eigene Schuldverschreibungen		---		---
Nennbetrag	---			(---)
			553.706.774,39	434.978
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			355.000.952,05	308.794
6a. Handelsbestand			---	---
7. Beteiligungen			66.881.516,99	69.492
darunter:				
an Kreditinstituten	---			(---)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1.447.356,18 EUR			(1.447)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			50.000,00	50
darunter:				
an Kreditinstituten	---			(---)
an Finanzdienstleistungsinstituten	---			(---)
9. Treuhandvermögen			240.900,38	330
darunter: Treuhandkredite	237.423,60 EUR			(327)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			---	---
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		---		---
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		55.136,24		44
c) Geschäfts- oder Firmenwert		---		---
d) geleistete Anzahlungen		---		---
			55.136,24	44
12. Sachanlagen			27.300.895,95	27.419
13. Sonstige Vermögensgegenstände			3.248.570,69	3.319
14. Rechnungsabgrenzungsposten			2.032.014,40	2.434
Summe der Aktiva			4.344.883.836,13	4.218.329

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2014 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		91.578.842,91		114.933
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		580.552.377,28		559.847
			672.131.220,19	674.780
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	822.170.465,39			715.971
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	86.105.859,68			228.332
		908.276.325,07		944.303
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	2.194.507.853,26			1.991.279
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	141.652.401,12			164.401
		2.336.160.254,38		2.155.680
			3.244.436.579,45	3.099.983
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		208.705,04		431
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		---		---
darunter:				
Geldmarktpapiere	---	EUR		(---)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	---	EUR		(---)
			208.705,04	431
3a. Handelsbestand			---	---
4. Treuhandverbindlichkeiten			240.900,38	330
darunter:				
Treuhandkredite	237.423,60	EUR		(327)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			3.235.327,03	3.810
6. Rechnungsabgrenzungsposten			896.112,76	1.552
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		28.233.603,00		25.412
b) Steuerrückstellungen		2.025.809,65		2.904
c) andere Rückstellungen		18.129.471,24		18.783
			48.388.883,89	47.099
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			---	---
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			25.038.981,21	61.784
10. Genusssrechtskapital			---	---
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	---	EUR		(---)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			148.000.000,00	130.000
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		---		---
b) Kapitalrücklage		766.937,82		767
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	194.793.872,99			190.239
cb) andere Rücklagen	2.998.956,45			2.999
		197.792.829,44		193.238
d) Bilanzgewinn		3.747.358,92		4.555
			202.307.126,18	198.560
Summe der Passiva			4.344.883.836,13	4.218.329
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen		---		---
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		160.839.537,25		157.155
Über weitere, nicht quantifizierbare Eventualverbindlichkeiten wird im Anhang berichtet.				
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		374.183,00		143
			161.213.720,25	157.298
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		---		---
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		---		---
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		120.812.768,91		131.884
			120.812.768,91	131.884

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2014 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	86.893.552,49			93.577
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	7.821.693,26			9.422
		94.715.245,75		102.999
2. Zinsaufwendungen		24.280.251,19		31.409
			70.434.994,56	71.590
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		6.463.638,25		7.337
b) Beteiligungen		1.866.064,06		1.654
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		---		---
			8.329.702,31	8.991
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			---	---
5. Provisionserträge		29.851.122,06		28.615
6. Provisionsaufwendungen		1.462.180,02		1.378
			28.388.942,04	27.237
7. Nettoertrag des Handelsbestands			---	---
8. Sonstige betriebliche Erträge			8.090.119,73	7.007
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			---	---
			115.243.758,64	114.825
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	38.560.959,30			38.266
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	13.373.416,34			11.386
	6.244.730,01 EUR			(4.311)
		51.934.375,64		49.652
b) andere Verwaltungsaufwendungen		22.747.947,01		20.786
			74.682.322,65	70.438
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			2.994.744,79	4.963
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			5.948.092,11	4.914
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		---		---
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		7.533.779,03		3.303
			7.533.779,03	3.303
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		7.103.784,51		2.496
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		---		---
			7.103.784,51	2.496
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			---	---
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			18.000.000,00	20.000
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			14.048.593,61	15.317
20. Außerordentliche Erträge		---		---
21. Außerordentliche Aufwendungen		---		---
22. Außerordentliches Ergebnis			---	---
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		9.756.651,67		10.184
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		544.583,02		578
			10.301.234,69	10.762
25. Jahresüberschuss			3.747.358,92	4.555
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			---	---
			3.747.358,92	4.555
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		---		---
b) aus anderen Rücklagen		---		---
			---	---
			3.747.358,92	4.555
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		---		---
b) in andere Rücklagen		---		---
			---	---
29. Bilanzgewinn			3.747.358,92	4.555

Jahresabschluss 2015

zum 31. Dezember 2015 der Sparkasse Allgäu – Land Bayern

Folgende, unsere Geschäftsstelle Riezlern im Kleinwalsertal in Österreich betreffenden Werte sind in der vorgenannten Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang des Gesamtinstituts der Sparkasse Allgäu enthalten:

	2015 in EUR	Vorjahr in TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	117.449.709,35	134.131
- darunter: Forderungen an Kreditinstitute	48.580.929,76	81.239
- darunter: Forderungen an Kunden	68.868.779,59	52.892
Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten	106.511.269,29	122.609
- darunter: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	66.921,44	24
- darunter: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	106.444.347,85	122.585
Gesamte Aktiva	120.646.616,09	137.514
Posten 1 und 2 unter dem Bilanzstrich		
- Eventualverbindlichkeiten	1.377.250,16	1.288
- Kreditrisiken	6.694.298,00	1.609
Posten der Gewinn- und Verlustrechnung		
- Zinsen aus Kredit- und Verrechnungsposten	2.922.003,23	3.374
- Betriebserträge	1.691.488,77	2.001
- Provisionserträge	1.716.083,98	1.872
- Provisionsaufwendungen	73.075,09	92
- Erträge aus Finanzgeschäften	22.000,68	14
- Sonstige betriebliche Erträge	26.479,20	207
- Personalaufwand	1.449.554,55	1.528
- Löhne und Gehälter	1.053.982,61	1.136
- Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	275.546,44	302
- sonstiger Sozialaufwand	120.025,50	90
- Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	691.199,82	645
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	453.017,12	638
Personalstand		
Anzahl der Arbeitnehmer	15	17

ANHANG

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

In Ausübung des Wahlrechtes nach § 11 Satz 3 RechKredV enthalten die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge keine anteiligen Zinsen.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen) haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden auf deren Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt.

Forderungen aus Sachdarlehen (Lieferansprüche im Rahmen der Wertpapierleihe) haben wir wie die zugrunde liegenden Wertpapiere bewertet.

Für akute Ausfallrisiken haben wir bei Forderungen an Kunden in Höhe des zu erwartenden Ausfalls Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Außerdem haben wir nach den Erfahrungen der Vergangenheit bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand gebildet.

Wertpapiere

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve und des Anlagebestands werden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit den niedrigeren Börsenkursen oder den niedrigeren beizulegenden Werten bewertet.

Bei Wertpapierleihgeschäften gehen wir von einem Übergang des wirtschaftlichen Eigentums der Wertpapiere aus. Insoweit werden verliehene Wertpapiere aus- und eine entsprechende Sachforderung eingebucht.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden nach dem strengen Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren Wert am Bilanzstichtag bewertet.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. In 2008 erfolgte bei neu erworbenen beweglichen Vermögensgegenständen der Wechsel von der degressiven auf die lineare Abschreibung auf der Grundlage der von der Finanzverwaltung veröffentlichten AfA-Tabellen. Bis 2009 erworbene oder selbst erstellte Gebäude werden planmäßig mit den höchsten steuerlich zulässigen Sätzen abgeschrieben. Ab 2010 angeschaffte oder selbst erstellte Gebäude werden linear über eine Nutzungsdauer von 20 bis 50 Jahren abgeschrieben. Liegt der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist und handelt es sich dabei um eine voraussichtlich dauernde Wertminderung, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen. Geringwertige Vermögensgegenstände, deren Anschaffungskosten 150 Euro ohne Umsatzsteuer nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung sofort als Aufwand erfasst.

Geringwertige Vermögensgegenstände von über 150 Euro bis 1.000 Euro ohne Umsatzsteuer werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden nach dem strengen Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren Wert am Bilanzstichtag bewertet.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen dem Erfüllungs- und dem Ausgabebetrag wird unter den Rechnungsabgrenzungen ausgewiesen und zeitanteilig erfolgswirksam aufgelöst.

Rückstellungen

Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Soweit erforderlich werden künftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt. Bei Rückstellungen mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder weniger erfolgt keine Abzinsung. Die übrigen Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Rückstellungen für Pensionen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen entsprechend dem Teilwertverfahren auf der Grundlage der Heubeck Richtttafeln 2005 G ermittelt. Sie wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 3,94 %. Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,0 % und Rentensteigerungen von jährlich 2,0 % unterstellt. Bei der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen wurde unterstellt, dass sich der Verpflichtungsumfang sowie der Diskontsatz erst zum Ende der Periode ändern. Die Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes bzw. Zinseffekten einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit werden unter dem Personalaufwand bzw. als sonstige betriebliche Erträge erfasst.

Für die Verpflichtung zur Leistung von Beihilfen an Pensionäre und aktive Mitarbeiter für die Zeit ihres Ruhestandes in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen wird eine Rückstellung gebildet. Der Bemessung wird die aktuelle Sterbetafel des BMF (Bundesministerium der Finanzen) zur Bewertung einer lebenslangen Nutzung oder Leistung gemäß § 14 Abs. 1 BewG und die Vereinfachungsregelung des § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB für die Ermittlung des Abzinsungssatzes zugrunde gelegt. Bei dieser sowie allen übrigen wesentlichen Rückstellungen wird die Änderung des Verpflichtungsumfangs bei der Aufzinsung unterjährig berücksichtigt. Die Erfolge aus Änderungen des Abzinsungssatzes werden im Falle von Rückstellungen für Bankprodukte im Zinsbereich, ansonsten unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Die Erfolge aus Zinseffekten einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit werden in dem GuV-Posten ausgewiesen, in dem auch die Aufwendungen zur Rückstellungsdotierung ausgewiesen werden. Auch bei der Ermittlung der Aufzinsungserfolge dieser Rückstellungen haben wir unterstellt, dass eine Änderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs)

Zur Ermittlung eines ggf. bestehenden Verpflichtungsüberschusses ist eine Gesamtbetrachtung aller bilanziellen und außerbilanziellen Finanzinstrumente des Bankbuchs unter Berücksichtigung aller bis zur vollständigen Abwicklung zu erwartenden Risiko- und Verwaltungskosten vorgenommen worden. Hierbei ist die Ermittlung anhand einer barwertigen Betrachtung erfolgt. Eine Rückstellung war nicht erforderlich.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Es besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente (Termingeschäfte) werden grundsätzlich einzeln bewertet.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß § 256a i.V.m. 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, werden saldiert je Währung in den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen ausgewiesen. Zum Jahresende nicht abgewickelte Termingeschäfte werden mit den entsprechenden Terminkursen umgerechnet. Die Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung außerhalb der besonderen Deckung werden unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen ausgewiesen.

ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Aktivseite

Posten 3: Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2015	31.12.2014
In diesem Posten sind enthalten:	TEUR	TEUR
- Forderungen an die eigene Girozentrale	70.197	128.538

Die Forderungen gliedern sich nach ihren Restlaufzeiten wie folgt:

	31.12.2015	31.12.2014
Posten 3 b) andere Forderungen		
- bis drei Monate	71.441	490.074
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	326.257	45.071
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	72.008	97.005

Posten 4: Forderungen an Kunden

	31.12.2015	31.12.2014
In diesem Posten sind enthalten:	TEUR	TEUR
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	90.807	84.371

Die Forderungen gliedern sich nach ihren Restlaufzeiten wie folgt:

	31.12.2015	31.12.2014
- bis drei Monate	107.972	115.798
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	228.070	236.213
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	893.023	804.841
- mehr als fünf Jahre	1.425.231	1.338.396
- mit unbestimmter Laufzeit	108.159	122.594

Posten 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

	31.12.2015	31.12.2014
In diesem Posten sind enthalten:	TEUR	TEUR
- Im folgenden Geschäftsjahr fällige Wertpapiere	75.135	82.453
- Börsenfähige Wertpapiere (ohne antizipative Zinsen), davon sind	551.773	432.869
- börsennotiert	546.793	432.869
- nicht börsennotiert	4.980	---

Posten 6: Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

	31.12.2015	31.12.2014
In diesem Posten sind enthalten:	TEUR	TEUR
- Börsenfähige Wertpapiere, davon sind	12.359	12.359
- börsennotiert	---	---
- nicht börsennotiert	12.359	12.359

Anteile an Investmentvermögen mit mehr als 10 %

Die Sparkasse hat einen gemischten Fonds mit einem Marktwert von 299.496 TEUR und einem Buchwert von 299.496 TEUR im Bestand. Die im Geschäftsjahr erfolgten Ertragsausschüttungen betragen 4.231 TEUR. Das dargestellte Investmentvermögen unterliegt keiner Beschränkung in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe. Die Fondsanteile am Allgäu Fonds sind dem Anlagevermögen zugeordnet.

Posten 8: Anteile an verbundenen Unternehmen

Unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen werden die Anteile an der Bargeld-Logistik Allgäu GmbH mit Sitz in Kempten ausgewiesen. Von der Aufstellung eines Konzernabschlusses wird im Hinblick auf die geringe Bedeutung dieser Mehrheitsbeteiligung gemäß § 296 Abs. 2 HGB Abstand genommen.

Posten 9: Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen betrifft mit 237 TEUR Forderungen an Kunden und mit 3 TEUR Beteiligungen.

Posten 12: Sachanlagen

	31.12.2015	31.12.2014
In diesem Posten sind enthalten:	TEUR	TEUR
- Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	17.029	14.096
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.904	4.021

Posten 14: Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthält 666 TEUR (im Vorjahr 2.434 TEUR) Unterschiedsbetrag aus dem Ansatz von Verbindlichkeiten mit ihrem Erfüllungsbetrag, soweit dieser höher ist als der Ausgabebetrag.

Im Jahr 2015 wurde der aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 1.366 TEUR aus der Verteilung der Einmalgebühren bei aufgenommenen Weiterleitungsdarlehen, die über die Laufzeit des Darlehens verteilt werden, nicht mehr in die Anhangsangabe einbezogen, da es sich dabei nicht um ein Disagio handelt. Der Vorjahresbetrag wurde nicht angepasst.

Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz und außerbilanzieller Korrekturen inklusive negativer/positiver Anleger-Aktien/Immobilien Gewinne bestehen zum 31. Dezember 2015 Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Eine passive Steuerabgrenzung war demzufolge nicht erforderlich, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern wurde verzichtet. Die wesentlichen künftigen Steuerbelastungen resultieren aus unterschiedlichen Wertansätzen bei den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und Sachanlagen. Die zum Ausgleich der künftigen Steuerbelastungen benötigten absehbaren künftigen Steuerentlastungen ergeben sich im Wesentlichen aus unterschiedlichen bilanziellen Ansätzen bei den Forderungen an Kunden, Sachanlagen, Sonstige Vermögensgegenstände und Rückstellungen. Die Ermittlung der Differenzen erfolgte unter Zugrundelegung eines Steuersatzes von 28,763 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag). Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit 15,825 % bewertet. Verlustvorträge, die zu einer Steuerentlastung führen und kompensatorisch in die Berechnung der latenten Steuern einzubeziehen sind, bestehen nicht.

Entwicklung des Anlagevermögens

Bilanzposten	Anschaffungs-/ Herstellungskosten TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Abschreibungen kumuliert TEUR	Abschreibungen im Geschäftsjahr TEUR	Bilanzwert 31.12.2015 TEUR	Bilanzwert 31.12.2014 TEUR
Immaterielle Anlagewerte	1.054	57	---	1.056	46	55	44
Sachanlagen	89.535	8.542	17.158	53.618	2.949	27.301	27.419
Sonstige Vermögens- gegenstände	37	---	---	---	---	37	37

Bilanzposten	Bilanzwert 31.12.2014*) TEUR	Netto- veränderungen TEUR	Bilanzwert 31.12.2015*) TEUR
Forderungen an Kreditinstitute**	308.895	- 72.593	236.302
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	159.699	194.080	353.779
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	281.653	46.544	328.197
Beteiligungen	69.492	- 2.610	66.882
Anteile an verbundenen Unternehmen	50	---	50

*) ohne antizipative Zinsen

**) abweichend vom Vorjahr werden Forderungen aus verliehenen Wertpapieren des Anlagevermögens im Anlagespiegel ausgewiesen

Passivseite

Posten 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
In diesem Posten sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	540.686	507.623
- Durch eigene Vermögenswerte besicherte Verbindlichkeiten	449.872	424.272

Die Verbindlichkeiten gliedern sich nach ihren Restlaufzeiten wie folgt:

Posten 1 b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist

- bis drei Monate	58.061	63.051
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	79.540	72.713
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	187.038	176.462
- mehr als fünf Jahre	255.846	247.258

Posten 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
In diesem Posten sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	87	254
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9.588	5.129

Die Verbindlichkeiten gliedern sich nach ihren Restlaufzeiten wie folgt:

Posten 2 a ab) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten

- bis drei Monate	32.241	83.765
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	38.897	111.854
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	14.902	32.570
- mehr als fünf Jahre	66	143

Posten 2 b bb) andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist

- bis drei Monate	34.111	42.054
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	55.929	69.631
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	35.828	36.445
- mehr als fünf Jahre	15.330	15.602

Posten 3: Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
In diesem Posten sind enthalten:		

Posten 3 a) begebene Schuldverschreibungen

- Im folgenden Geschäftsjahr fällige Wertpapiere	139	217
--	-----	-----

Posten 4: Treuhandverbindlichkeiten

Die Treuhandverbindlichkeiten entfallen in voller Höhe auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Posten 6: Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält 866 TEUR (im Vorjahr 1.518 TEUR) Unterschiedsbetrag aus dem Ansatz von Hypothekendarlehen und anderen Forderungen mit ihrem Nennbetrag, soweit dieser höher als der Auszahlungsbetrag oder die Anschaffungskosten ist und Zinscharakter hat.

Posten 9: Nachrangige Verbindlichkeiten

Für von der Sparkasse eingegangene nachrangige Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Aufwendungen von 1.132 TEUR angefallen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten (ohne anteilige Zinsen) von insgesamt 24.640 TEUR übersteigen im Einzelfall nicht 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten. Sie haben eine Durchschnittsverzinsung von 3,0 % und eine Ursprungslaufzeit von 5 bis 16 Jahren; davon werden in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, 21.426 TEUR fällig. Die Bedingungen der nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a des Kreditwesengesetzes (KWG) in der am 31. Dezember 2013 gültigen Fassung.

Posten 12: Eigenkapital

Im Unterposten „cb) andere Rücklagen“ ist eine gebundene Rücklage gemäß § 130 ÖAktG (§103 Z 12 lit c BWG) in Höhe von 2.999 TEUR des österreichischen Unternehmensteils enthalten.

Mehrere Posten betreffende Angaben

Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung

Auf Fremdwährung lauten Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 111.438 TEUR und Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 110.498 TEUR.

ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN UNTER DEM BILANZSTRICH

Posten 1: Eventualverbindlichkeiten

Hinsichtlich der unter den Eventualverbindlichkeiten ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen sowie Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten sind bis zum Aufstellungszeitpunkt des Jahresabschlusses keine signifikanten Erkenntnisse und Informationen bekannt geworden, die eine Inanspruchnahme daraus erwarten lassen. Bei unseren Kreditgewährungen werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden. Auch haben sich in den letzten Jahren nur geringfügige Ansprüche Dritter ergeben.

Die Sparkasse Allgäu hat Qualitätsgarantien gegenüber ihren Kunden ausgesprochen. Bei Nichteinhaltung der garantierten Leistungen verpflichtet sich die Sparkasse neben einem ggf. entstehenden Schadensersatz eine Überraschung für den Kunden bereitzuhalten. Diese besteht i. d. R. aus einer Zahlung an den Kunden oder einem Kundengeschenk. Die Qualitätsgarantien gelten zeitlich unbeschränkt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden aufgrund dieser Garantien Zahlungen in Höhe von 10 TEUR geleistet.

Posten 2: Andere Verpflichtungen

Wir gehen derzeit davon aus, dass die unwiderruflichen Kreditzusagen von den Kreditnehmern in Anspruch genommen werden. Es sind keine wirtschaftlichen Belastungen der Sparkasse aus den unwiderruflichen Kreditzusagen erkennbar.

Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Posten 1. a): Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften

Im Posten „Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften“ sind Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von 0 TEUR (im Vorjahr --- TEUR) enthalten.

Im Rahmen der Mindestreservehaltung und der Bargeldversorgung hat die Sparkasse im abgelaufenen Geschäftsjahr negative Zinsen an die Europäische Zentralbank gezahlt. Diese Negativzinsen in Höhe von 0 TEUR (im Vorjahr 0 TEUR) wurden mit den Zinserträgen in GuV-Posten 1, die üblicherweise bei derartigen Geschäftsvorfällen anfallen, verrechnet.

Posten 2: Zinsaufwendungen

Im Posten „Zinsaufwendungen“ sind Aufwendungen aus der Aufzinsung bzw. aus der Änderung des Diskontierungssatzes von Rückstellungen in Höhe von 65 TEUR (im Vorjahr 51 TEUR) enthalten.

Bei einzelnen Geschäftsvorfällen kommt es aufgrund der augenblicklichen Zinssituation dazu, dass die Sparkasse bei einer Geldaufnahme eine Vergütung erhält. Diese Negativzinsen wurden in Höhe von 285 TEUR (im Vorjahr --- TEUR) mit den Zinsaufwendungen, die üblicherweise bei derartigen Geschäftsvorfällen anfallen, verrechnet.

Posten 5: Provisionserträge – Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Die wesentlichen an Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung entfallen auf die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Versicherung, Bausparverträge, Immobilien, Investmentzertifikate, Vermögensverwaltung).

Posten 8: Sonstige betriebliche Erträge

	31.12.2015
In diesem Posten sind folgende wesentliche Einzelposten enthalten:	TEUR
- Erträge aus Grundstücken und Gebäuden	1.185
- Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	3.486

In dem Posten sind Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von 237 TEUR (im Vorjahr 142 TEUR) enthalten.

Posten 12: Sonstige betriebliche Aufwendungen

		31.12.2015
In diesem Posten sind folgende wesentliche Einzelposten enthalten:		TEUR
- Aufwendungen für Abbruch von Gebäuden		1.562
- Aufwendungen für Spenden		682
	31.12.2015	31.12.2014
In diesem Posten sind enthalten:		TEUR
- Aufwendungen aus der Währungsumrechnung	18	6
- Aufwendungen aus der Aufzinsung bzw. der Änderung des Diskontierungssatzes von Rückstellungen	1.503	1.500

Sonstige Angaben**Derivative Finanzinstrumente**

Die Arten und der Umfang derivativer Finanzinstrumente, bezogen auf die Nominalwerte der zu Grunde liegenden Referenzwerte, sind in folgender Aufstellung zusammengestellt:

Derivative Finanzinstrumente			
- in TEUR -	Nominalbeträge		
	nach Restlaufzeiten		
	Bis 1 Jahr	1-5 Jahre	Insgesamt
Währungsrisiken			
Devisentermingeschäfte	34.160	3.673	37.833
Davon Handelsgeschäfte	---	---	---
Davon Deckungsgeschäfte	17.080	1.837	18.917

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

- in TEUR -	Nominalbeträge	Zeitwert positiv	Zeitwert negativ	Buchwert	Bilanzausweis
Währungsrisiken					
Devisentermingeschäfte	37.833	981	931	---	---

Die beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte werden aus den Barwerten der gegenläufigen Zahlungsströme (in Fremdwährung und in Euro) unter Anwendung der Zero-Zinsstrukturkurve der jeweiligen Währung zum Bilanzstichtag ermittelt, die den Veröffentlichungen Reuters entnommen werden. Die Umrechnung erfolgt anhand der zuletzt verfügbaren Währungs-Spotkurse.

Angaben zu nicht passivierten pensionsähnlichen Verpflichtungen

Der Träger bzw. die Sparkasse ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden (ZVK). Versichert sind bei dieser Kasse alle Beschäftigten, die unter den Geltungsbereich des TVöD-S fallen. Der TVöD-S gewährt den unter den Geltungsbereich des TVöD-S fallenden Beschäftigten grundsätzlich einen Anspruch auf Verschaffung einer Zusatzversorgung. Der Anspruch entsteht bei beiderseitiger Tarifgebundenheit oder wenn die Arbeitsvertragsparteien die Anwendbarkeit des TVöD-S im Arbeitsvertrag vereinbart haben. Grundlage der Versicherung bei der ZVK ist seit dem 01.01.2002 der Tarifvertrag über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (ATV-K). Nach wie vor gewährt die ZVK eine Alters- und Hinterbliebenenrente sowie Erwerbsminderungsrenten. Die Höhe der Versorgungszusage errechnet sich nach der Betriebsrentenformel der ZVK. Das Punktemodell basiert auf dem Prinzip, dass Beiträge zur Zusatzversorgung, multipliziert mit einem Altersfaktor, Versorgungspunkte für die Beschäftigten ergeben. Es werden Leistungen zugesagt, die sich ergeben würden, wenn eine Gesamtbeitragsleistung von 4 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts vollständig in ein kapitalgedecktes System einbezahlt werden würde.

Bei der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden werden seit der Umstellung vom Gesamtversorgungsmodell auf ein betriebsrentenrechtliches Punktemodell sowohl Umlagen als auch Beiträge erhoben. Die Erhebung von Umlagen ist erforderlich, um die Anwartschaften und laufenden Rentenverpflichtungen aus der Zeit vor der Umstellung finanzieren zu können. Der Umlagesatz beträgt 3,75 % der Bemessungsgrundlage. Der Zusatzbeitrag (4 % der Bemessungsgrundlage) dient dem Aufbau einer Kapitaldeckung für Anwartschaften, die seit der Umstellung entstehen. Die Aufwendungen der Sparkasse belaufen sich in 2015 auf 2.868 TEUR. Die Summe der umlagepflichtigen Gehälter beträgt 35.450 TEUR.

Der für den derzeit nicht vorgesehenen Fall einer Beendigung der Mitgliedschaft oder eines Wechsels in einen kapitalgedeckten Abrechnungsverband nach der Satzung der ZVK anfallende Ausgleichsbetrag belief sich am Ende 2015 auf 69.907 TEUR. Der Ausgleichsbetrag wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen von der ZVK berechnet und umfasst den Barwert der Leistungsverpflichtungen der ZVK, die aus der Mitgliedschaft der Sparkasse Allgäu im umlagefinanzierten Abrechnungsverband resultieren. Für die Ermittlung wird ein Rechnungszins von zurzeit 1,25 % (gemäß Deckungsrückstellungsverordnung) herangezogen; das Kassenvermögen der ZVK (Kollektivvermögen aller Mitglieder im umlagefinanzierten Abrechnungsverband) bleibt unberücksichtigt. Im Hinblick auf die Vergleichbarkeit des bei Ermittlung des Ausgleichsbetrages zu Grunde gelegten Rechnungszinses mit dem für die Berechnung der unmittelbaren Pensionsverpflichtungen verwendeten Abzinsungssatz geben wir informativ zusätzlich den Betrag an, der sich bei einem Zinssatz von 3,94 % ergeben hätte. Dieser Betrag beläuft sich auf 46.933 TEUR.

Nicht realisierte Reserven

Die Sparkasse kann im Geschäftsjahr 2016 nicht realisierte Reserven in Grundstücken und Bauten bis zu einer Höhe von 13.569 TEUR dem haftenden Eigenkapital nach § 10 KWG in der bis zum 31.12.2013 geltenden Fassung im Rahmen der Altbestandsregelung zurechnen.

Gesamtbezüge des Vorstandes und des Verwaltungsrates

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 1.035 TEUR gewährt.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 205 TEUR.

Pensionsrückstellungen und –zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden 1.368 TEUR gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betragen am 31.12.2015 19.017 TEUR.

Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Die Kredite an den Vorstand sowie die zu seinen Gunsten eingegangenen Haftungsverhältnisse betragen 176 TEUR. Die entsprechenden Kreditgewährungen an Mitglieder des Verwaltungsrates belaufen sich auf 2.804 TEUR.

Honorare für den Abschlussprüfer

Die Prüfungsstelle des Sparkassenverbandes Bayern ist gemäß § 22 SpkO sowie § 340k HGB gesetzlicher Abschlussprüfer unseres Jahresabschlusses. Für Abschlussprüfungsleistungen fielen im Geschäftsjahr 2015 Aufwendungen in Höhe von 209 TEUR an; davon betrafen 7 TEUR das Vorjahr. Die Aufwendungen für andere Bestätigungsleistungen belaufen sich auf 36 TEUR.

Verwaltungsrat und Vorstand

Verwaltungsrat

Vorsitzender: Thomas Kiechle, Oberbürgermeister der Stadt Kempten
Stellvertretende Vorsitzende: Anton Klotz, Landrat des Landkreises Oberallgäu
Maria Rita Zinnecker, Landrätin des Landkreises Ostallgäu
Thomas Wurmbäck, Polizeihauptkommissar
Paul Jacob, Bürgermeister der Stadt Füssen

Mitglieder: Josef Ambros, Geschäftsführer der Anton Ambros GmbH – Zimmereibetrieb
Manfred Baldauf, Steuerberater
Hannes Feneberg, Geschäftsführer der Firmengruppe Feneberg – Lebensmitteleinzelhandel
Walter Grath, Bürgermeister i. R.
Joachim Konrad, Bürgermeister des Marktes Altusried
Thomas Kreuzer, Mitglied des Landtags – Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion
Ursula Lax, Kindergartenleiterin i. R.
Christian Neusch, Geschäftsführer des Hotels Allgäuer Berghof
Karl Sperl, Geschäftsführer der Maler Sperl GmbH

Vorstand

Vorsitzender: Manfred Hegedüs
Stellvertretender Vorsitzender: Manfred Kreisle
Mitglied: Heribert Schwarz

Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften

Das Vorstandsmitglied Heribert Schwarz ist Mitglied im Aufsichtsrat der Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherungs Aktiengesellschaft in München.

Mitarbeiter / -innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:	2015
Vollzeitkräfte	488
Teilzeit- und Ultimokräfte	381
	<hr/> 869
Auszubildende	61
Insgesamt	<hr/> 930 <hr/>

Kempton, 3. März 2016

**Sparkasse Allgäu
Vorstand**

Manfred Hegedüs

Manfred Kreisle

Heribert Schwarz

Kempton, 9. Mai 2016

Sparkasse Allgäu

**Vorsitzender des Verwaltungsrats
Thomas Kiechle**

Offenlegung nach § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

**Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG
zum 31. Dezember 2015
("Länderspezifische Berichterstattung")**

Die Sparkasse Allgäu betreibt im Zollanschlussgebiet Kleinwalsertal (Österreich) eine Filiale unter ihrem Namen. Betrieben werden dort alle für eine deutsche Sparkasse zulässigen Geschäfte.

	Deutschland	Österreich
Umsatz	110.922 TEUR	4.321 TEUR
Mitarbeiter (zeitanteilig)	743,91	14,26
Gewinn vor Steuern	12.122 TEUR	1.927 TEUR
Steuern auf Gewinn	9.304 TEUR	453 TEUR
Erhaltene öffentliche Beihilfen	---	---

Die Sparkasse hat keine Niederlassungen in Drittstaaten.

Sämtliche Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015. Die Tätigkeit der Sparkasse Allgäu besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Allgäu definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger stellt die im Jahresdurchschnitt in Vollzeitäquivalenten ermittelten Mitarbeiter der Sparkasse dar.

Die Steuern betreffen sowohl laufende wie auch latente Steuern.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Allgäu für das Geschäftsjahr vom 01.01.2015 bis 31.12.2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 25. Mai 2016

Prüfungsstelle
des Sparkassenverbandes Bayern
Öttl Röthemeyer
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

LAGEBERICHT ZUM GESCHÄFTSJAHR 2015

Inhalt:

1. Grundlagen der Sparkasse
2. Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 - 2.2 Geschäftsverlauf
 - 2.2.1 Produktpolitik
 - 2.2.2 Filialnetz
 - 2.2.3 Kundenbeziehungen
 - 2.2.4 Personal- und Sozialbereich
 - 2.2.5 Investitionen
 - 2.2.6 Umweltschutz
 - 2.2.7 Gesellschaftliches Engagement
 - 2.2.8 Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr
 - 2.3 Vermögenslage
 - 2.4 Finanzlage
 - 2.5 Ertragslage
 - 2.6 Zusammenfassende Beurteilung der Geschäftsentwicklung und der Lage der Sparkasse
3. Nachtragsbericht
4. Risikobericht
 - 4.1 Risikomanagement
 - 4.2 Risikoarten und deren Absicherung
 - 4.2.1 Adressenausfallrisiken
 - 4.2.2 Marktpreisrisiken
 - 4.2.3 Liquiditätsrisiken
 - 4.2.4 Operationelle Risiken
 - 4.3 Zusammenfassende Beurteilung der Risikolage der Sparkasse
5. Prognosebericht
 - 5.1 Geschäftsentwicklung
 - 5.1.1 Gesamtwirtschaftliche Erwartungen
 - 5.1.2 Geschäftsentwicklung der Sparkasse
 - 5.2 Vermögenslage
 - 5.3 Finanzlage
 - 5.4 Ertragslage
 - 5.5 Gesamtaussage

1. Grundlagen der Sparkasse

Geschäftsmodell

Die Sparkasse Allgäu ist eine gemeinwohlorientierte Anstalt des öffentlichen Rechts nach dem bayerischen Sparkassengesetz. Sie untersteht der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen sowie der Regierung von Schwaben.

Grundsätzlich betreibt die Sparkasse alle banküblichen Geschäfte, soweit es das bayerische Sparkassengesetz und die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen oder die Satzung der Sparkasse vorsehen.

Träger der Sparkasse ist der Zweckverband Sparkasse Allgäu. Mitglieder des Sparkassenzweckverbandes sind der Landkreis Oberallgäu, die kreisfreie Stadt Kempten (Allgäu), der Landkreis Ostallgäu, die Stadt Immenstadt und die Stadt Füssen.

Organe der Sparkasse sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien für die Geschäfte der Sparkasse und überwacht den Vorstand. Er setzt sich aus insgesamt 14 Mitgliedern zusammen. Der Vorstand leitet die Sparkasse in eigener Verantwortung, vertritt sie und führt ihre Geschäfte. Die Zusammensetzung der Organe ist im Anhang dargestellt.

Die Sparkasse ist Mitglied des Sparkassenverbandes Bayern und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband angeschlossen. Sie haftet mit den anderen bayerischen Sparkassen gemäß § 8 Abs. 2 der Satzung des Sparkassenverbandes Bayern für die Verbindlichkeiten des Sparkassenverbands Bayern. Gleichzeitig ist die Sparkasse Allgäu außerordentliches Mitglied des Österreichischen Sparkassenverbandes.

Die Sparkasse ist Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Bayern und damit Teil des Sicherungssystems der deutschen Sparkassenorganisation. Dem Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation sind die Sparkassen, Landesbanken und Landesbauspar-kassen angeschlossen. Als institutsbezogenes Sicherungssystem mit anerkannter Einlagensicherung schützt dieses System den Bestand der angeschlossenen Institute und erfüllt zugleich die gesetzlichen Anforderungen an ein Einlagensicherungssystem im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes (EinSiG).

Die Sparkasse unterliegt dem Regionalprinzip. Dabei steht im Vordergrund, auf Grundlage der Markt- und Wettbewerbsanforderungen vorrangig im Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen. Dabei berücksichtigt sie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Region. Um ihrem Auftrag gerecht zu werden, unterhält die Sparkasse zum 31.12.2015 eine Hauptstelle, 47 Filialen, eine Zahlstelle und 18 SB-Filialen im Geschäftsgebiet.

Die Bereiche Immobilien/Finanzierungen/Versicherungen, Marktservice, Organisation, Personal, Recht, Revision, Unternehmenssteuerung, Vertriebsmanagement, Treasury und die Geschäftseinheiten Firmenkunden, Privatkunden und Vermögenskunden bilden die Organisationsstruktur der Sparkasse ab.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliches Umfeld

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft war 2015 im Mittelfeld des Euroraums angesiedelt. Die Jahresrate des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreichte hierzulande nach der ersten amtlichen Schätzung 1,7 Prozent. Bei zwei Arbeitstagen mehr, die 2015 gegenüber dem Vorjahr zur Verfügung standen, entsprach dies einem arbeitstäglich bereinigten Wachstum von 1,5 Prozent. Das Wachstum verlief dabei hierzulande recht gleichmäßig in den einzelnen Quartalen. Die stetige wirtschaftliche Entwicklung zeigte sich von den im Jahresverlauf abwechselnden geopolitischen Risiken und Krisen (Griechenland, Ukraine, Terroranschläge) nicht grundlegend erschüttert. Bei dieser Stabilität halfen sicherlich die Stützung durch die günstige Finanzierungssituation, die Abwertung des Euro und der Kaufkraftgewinn durch das billige Öl.

In 2015 waren ein hoher privater Konsum, niedrige Zinsen und Ölpreise sowie der schwache Euro Impulsgeber. Diese positiven Effekte auf die Wirtschaft könnten jedoch langsam verpuffen. Zusätzlich haben die bayerischen Unternehmen ihre Investitionen trotz niedriger Zinsen und einem niedrigen Wechselkurs nur in verhaltenem Maße ausgedehnt. Eine Erholung der Partner im Euroraum und ein robuster Aufschwung in den Vereinigten Staaten könnten, bei weiterhin günstigem Wechselkurs, für eine Belebung der bayerischen Exporte sorgen.

Gemäß BIHK-Umfrage vom Herbst 2015 sind die Unternehmen in Bayern mit ihrer Geschäftslage noch sehr zufrieden. Dennoch hat sich der Wirtschaftsoptimismus der letzten Jahre sichtlich eingetrübt. Als Unsicherheitsfaktoren gelten das nachlassende Wachstum der Schwellenländer, die Verschuldungssituation in Europa sowie politische Unruhen. In Verbindung mit dem bestehenden und sich weiter verstärkenden Fachkräftemangel machen sich viele der vom BIHK befragten Unternehmen Sorgen um den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft.

Im Jahr 2015 hat sich der bayerische Arbeitsmarkt trotz verschiedener internationaler Turbulenzen in Bestform gezeigt. Unter allen Bundesländern bezog er weiterhin die Spitzenposition; die Arbeitskräftenachfrage lag auf Rekordniveau.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erreichte bayernweit mit 5,2 Mio. eine neue Höchstmarke. Die Arbeitslosenquote sank im Durchschnitt von 3,8 % in 2014 auf nunmehr 3,4 % in 2015 und liegt somit erneut deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 6,1 % (6,7 % in 2014; Quelle: Statista 2016). Auch im Allgäu sank die Arbeitslosenquote in Kempten auf 4,6% (Vorjahr 4,9%) und im Landkreis Oberallgäu auf 2,8% (Vorjahr 3,1%). Im Landkreis Ostallgäu bewegte sich die Arbeitslosenquote mit 2,8% (Vorjahr 2,8%) auf dem niedrigen Vorjahresniveau.

Regionales Umfeld

Der positive Trend aus dem Vorjahr konnte sich bei den Allgäuer Unternehmen auch im Jahr 2015 überwiegend fortsetzen. Allerdings sind die Einbußen aus den Sanktionen gegenüber Russland vor allem im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeuger und Großhändler inzwischen spürbar angekommen. Der starke Export bleibt auch für unsere im Maschinenbau und technologisch sehr gut aufgestellten Firmen ein wesentlicher Faktor des Erfolges. Trotz der Themen wie Abgaskandal rund um VW bleibt Nordamerika ein treibender Erfolgsfaktor.

Umfangreiche Investitionen zur Effizienzsteigerung und teilweise auch zum Ausbau der notwendigen Kapazitäten konnten durch die Sparkasse Allgäu begleitet werden. Ungeachtet der historisch niedrigen Marktzinsen für Finanzierungen konnten wir durch die umfangreiche Einbindung der öffentlichen Geldgeber und durch Hilfe bei der Beantragung von Zuschüssen hier nochmals Vorteile für unsere Firmenkunden heben.

Der Tourismus in Bayern hat 2015 ein neues Rekordjahr erlebt. Und innerhalb des Freistaats liegen die Regierungsbezirke Oberbayern und Schwaben mit weitem Abstand an der Spitze. So verzeichnete im vergangenen Jahr die Stadt Kempten bei den Gästeankünften ein Plus von fast 50% und bei den Übernachtungen ein Plus von mehr als 25% im Vergleich zum Vorjahr. Das sind Spitzenwerte im Alpenraum. Auch die Landkreise Ostallgäu und Oberallgäu legten überdurchschnittlich zu. Engpassfaktor bleibt hier weiterhin qualifiziertes, dienstleistungsorientiertes Personal.

Deutsche Kreditwirtschaft

Die langandauernde Niedrigzinsphase belastete die Ertragskraft der Sparkassen und Banken. Die Branche versuchte – über alle Institutsgruppen hinweg - mit Kosteneinsparungen, Teile hiervon zu kompensieren.

Die Weiterentwicklung von aufsichtsrechtlichen Anforderungen stellt die Kreditwirtschaft vor immer neue Herausforderungen.

2.2 Geschäftsverlauf

Für die Sparkasse Allgäu galt es sich im vergangenen Jahr in einem weiterhin schwierigen Umfeld zu behaupten. Die anhaltend niedrigen Zinsen erhöhen den Druck auf die Zinsmargen der Sparkasse.

Die Sparkasse Allgäu kann dennoch auf ein erfolgreiches Jahr 2015 zurückblicken.

Das Geschäftsvolumen erhöhte sich um 3,0 % auf 4.505,7 Mio. €, entsprechend erhöhte sich auch die Bilanzsumme um 3,0 % auf 4.344,9 Mio. €.

Die wirtschaftliche Entwicklung und damit einhergehende ansteigende Kreditnachfrage unserer Kunden führte zu einer erfreulichen Erhöhung der Kundenforderungen. Bei den Firmenkunden konnte eine konstante Nachfrage verzeichnet werden. Unsere Privatkunden haben das für Kredite günstige Zinsumfeld genutzt und deutlich in den Wohnungsbau investiert.

Das Kreditgeschäft mit Kunden inklusive der Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen erhöhte sich um 5,3 % auf 2.925,4 Mio. € (Vorjahr 2.777,7 Mio. €) und liegt damit über dem geplanten Wert. Es wurden 627,1 Mio. € neue Darlehen ausbezahlt. Darin sind 263,0 Mio. € (+ 22,2 % gegenüber dem Vorjahr) zur Finanzierung des Wohnungsbaus enthalten.

Der Bestand an grundpfandrechtl. gesicherten Krediten konnte um 3,3 % auf 1.215,9 Mio. € erhöht werden. Hier zeigt sich nach wie vor der Trend zu vorzeitigen Rückzahlungen höherverzinsten Kredite.

Das Kommunalkreditvolumen ist gegenüber dem Vorjahr um 4,1 % oder 8,9 Mio. € gesunken. Dies zeigt die finanzielle Stabilisierung der Kommunen durch die deutlich gestiegenen Steuereinnahmen auf.

Die langfristigen Forderungen betragen 85,3 % (Vorjahr 84,7 %) aller Kundenausleihungen.

Die Eigenanlagen der Sparkasse haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1,2 % auf 1.391,6 Mio. € reduziert.

Die aus Liquiditätsgesichtspunkten bei Kreditinstituten unterhaltenen Guthaben sind kurz- und mittelfristig verfügbar. Die Anlagen in Wertpapieren werden überwiegend in öffentlichen Anleihen und gedeckten Schuldverschreibungen vorgenommen. Hierbei werden mittlere Laufzeiten bevorzugt. Zusätzlich ermöglichen Wertpapierleihegeschäfte innerhalb des S-Finanzverbundes weitere Erträge zu generieren.

Der unter den Beteiligungen ausgewiesene Anteilsbesitz der Sparkasse verringerte sich um 2,6 Mio. €. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus der Korrektur der mittelbaren Beteiligung der LBS Bayerische Landesbausparkasse.

Auf der Passivseite wurde das Einlagengeschäft durch Zuwächse im Privatkundengeschäft gestärkt.

Die Kundeneinlagen erhöhten sich um 3,4 % auf einen Stand von 3.269,7 Mio. € (Vorjahr: 3.162,2 Mio. €) und haben damit die Erwartungen für das Geschäftsjahr deutlich übertroffen.

Die Spareinlagen (einschließlich der Sondersparformen) wurden mit einem Volumen von 908,3 Mio. € (Vorjahr: 944,3 Mio. €) ausgewiesen.

Die Anlagen auf Geldmarktkonten und die Bestände auf den Girokonten sind deutlich auf 2.194,5 Mio. € (Vorjahr: 1.991,3 Mio. €) angewachsen.

Der Verkauf von eigenen Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenobligationen wurde im Geschäftsjahr 2009 eingestellt. Dadurch sind die Bestände von 0,4 Mio. € auf 0,2 Mio. € gesunken.

Der Vertrieb der nachrangigen Sparkassenkapitalbriefe wurde in 2012 eingestellt. Die nachrangigen Verbindlichkeiten nahmen entsprechend durch Fälligkeiten um 59,5 % auf 25,0 Mio. € ab.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen um 0,4 % oder 2,6 Mio. € auf 672,1 Mio. € ab. Bei den Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist handelt es sich überwiegend um langfristige Refinanzierungen im Rahmen der öffentlichen Förderkreditprogramme. Ebenso sind Refinanzierungen aus dem Interbankengeschäft enthalten.

Im Dienstleistungsgeschäft konnten die gesteckten Ziele nicht ganz erreicht werden. Dennoch liegt das erzielte Ergebnis deutlich über dem des Vorjahres. Im Wertpapiergeschäft konnte die geplanten Ziele erreicht werden. Im Bauspargeschäft wurden 3.495 Verträge mit einem Volumen von 175 Mio. € vermittelt. Das vermittelte Volumen erhöhte sich damit um 11,5 % gegenüber dem Vorjahr. Im Versicherungsgeschäft konnte das geplante Absatzvolumen nicht erreicht werden. Mit 238 vermittelten Objekten (Verkehrswert rd. 50 Mio. €) konnte das Immobilienvermittlungsgeschäft weiter ausgebaut werden.

2.2.1. Produktpolitik

Die Produktpalette der Sparkasse wird stets auf die Kundenbedürfnisse angepasst. Damit ist eine optimale Beratung und Betreuung unserer Kunden möglich.

Können Kundenbedürfnisse nicht aus eigenen Produkten abgedeckt werden, steht uns eine breite Auswahl von Möglichkeiten innerhalb der S-Finanzgruppe zur Verfügung.

2.2.2 Filialnetz

Mit unserem Filialnetz gelingt uns eine flächendeckende Versorgung unserer Kunden mit Bankdienstleistungen. Grundsätzlich stellen wir ein verändertes Nutzungsverhalten unserer Kunden - sei es die Zunahme des Online-Banking oder die vermehrte flexible Nutzung unserer Filialen - fest. Als Konsequenz hieraus werden wir zum 1.4.2016 14 personenbesetzte Filialen in SB-Filialen umwandeln.

Unsere Filiale in Riezlern werden wir in 2016 schließen, da diese nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden kann.

2.2.3 Kundenbeziehungen

Die flächendeckende persönliche Betreuung der Kunden über unsere Filialen wird durch die Internet- und Telefonfiliale unterstützt. Spezialisierte Mitarbeiter/-innen unterstützen unseren Anspruch auf eine – an den jeweiligen Bedürfnissen unserer Kunden ausgerichtete – qualitativ hochwertige Beratung.

Die langjährige Beratung und Betreuung der Kunden durch kompetente Mitarbeiter/-innen hat zu einer engen Beziehung und zu einem hohen Vertrauensverhältnis geführt. Dies sind die wesentlichen Voraussetzungen für den geschäftlichen Erfolg. Unser Beratungsangebot, Montag bis Freitag von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr, also insgesamt 12 Stunden pro Tag, wird von den Kunden gerne genutzt.

Unsere Telefonfiliale steht für Fragen und Aufträge unseren Kunden von Montag bis Freitag von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr und am Samstag von 10.00 Uhr – 16.00 Uhr zur Verfügung.

2.2.4 Personal- und Sozialbereich

Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 verringert. Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die Sparkasse insgesamt 930 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 488 Vollzeitbeschäftigte (Vorjahr 509), 381 Teilzeitbeschäftigte (Vorjahr 380) und 61 Auszubildende (Vorjahr 66). Die Gesamtzahl der Mitarbeiter hat damit um 2,6 % abgenommen.

29 Auszubildende haben im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Ausbildung mit Erfolg beendet. Die Berufsausbildung bildet das Fundament für qualifizierte Mitarbeiter der Zukunft. Neben der klassischen Ausbildung zum Bankkaufmann/frau bieten wir ein praxisintegriertes betriebswirtschaftliches Studium an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg zum Bachelor of Arts (B.A.) an. Das Duale Studium haben im abgelaufenen Geschäftsjahr zwei Absolventen mit Erfolg beendet.

Angesichts der ständigen Weiterentwicklung der Sparkassengeschäfte bildete im vergangenen Jahr die gezielte Förderung und Entwicklung unserer Mitarbeiter/-innen einen Schwerpunkt der Personalarbeit.

Um flexiblere und damit effizientere Arbeitszeitregelungen zu verwirklichen, können unsere Mitarbeiter/-innen unterschiedlichste Modelle - von variablen Arbeitszeiten über Teilzeit bis zur Altersteilzeit - nutzen.

Das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) unterstützt die Mitarbeiter/-innen bei der Gesundheitsvorsorge. Dies erfolgt durch entsprechende Kursangebote oder durch Zuschüsse bei entsprechenden gesundheitsfördernden Maßnahmen. Zusätzlich unterstützt die Sparkasse Allgäu die Sportgemeinschaft der Sparkasse Allgäu e.V. sowohl finanziell als auch mit der Integration in die betrieblichen Abläufe.

Die Sparkasse Allgäu hat das Zertifikat auditberufundfamilie für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. für eine familienbewusste Personalpolitik erhalten.

2.2.5 Investitionen

Der Abbruch der Hauptstelle in Kempten ist entsprechend dem Zeitplan erfolgt. Der Neubau wurde im Herbst 2015 begonnen und wird planmäßig Mitte 2017 fertiggestellt werden.

Räume in unserer Filiale in Marktoberdorf wurden für das neue Schulungszentrum der Sparkasse Allgäu umgebaut. Darüber hinaus wurde das Filialgebäude in Marktoberdorf incl. der Tiefgarage saniert.

2.2.6 Umweltschutz

Der Neubau der Hauptstelle in Kempten wird nach dem neuesten Stand der Technik im gehobenen Energieeffizienzstandard erstellt werden. Der Primärenergiebedarf wird nur halb so hoch sein, wie nach der Energieeinsparverordnung (EnEV) 2014 gefordert ist. Über die energetische Qualität hinaus stellt die angestrebte DGNB-Zertifizierung (Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen) in Silber eine sehr hohe Gesamtqualität des Projektes sicher. Dies beinhaltet auch bauökologische Aspekte wie die Verwendung emissionsfreier Baumaterialien und zertifizierter Hölzer.

Der Umweltschutz spielt im Kreditgewerbe grundsätzlich eine geringere Rolle als in anderen Branchen. Gleichwohl ist er für unsere Kunden von erhöhter Bedeutung. Hier begleiten wir die Kunden bei der Umsetzung ihrer Umweltprojekte durch entsprechende Finanzierungen.

Für den Sparkassenbetrieb wird bei Renovierungen und Umbaumaßnahmen auf möglichst große Energieeffizienz Wert gelegt. Die flächendeckend eingesetzte moderne ThinClient- und Drucker-Technik ermöglicht eine deutliche Energieeinsparung und damit eine CO₂ Reduzierung. Die Reisekostenregelung für Mitarbeiter ist so gestaltet, dass Mitarbeiter möglichst die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Daneben erhalten Mitarbeiter Zuschüsse für Umwelttickets im öffentlichen Nahverkehr. Unsere Fahrzeugflotte entspricht dem neuesten Stand der Umwelttechnik. Müllvermeidung wird ein hoher Stellenwert eingeräumt und steht vor der Mülltrennung.

Als Partner des Energie- und Umweltzentrums Allgäu (eza!) unterstützen und fördern wir den Umweltschutz in der Region.

2.2.7 Gesellschaftliches Engagement

Als Ausdruck ihrer gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung engagiert sich die Sparkasse in erheblichem Maße in ihrem Geschäftsbezirk. Mit Spenden und durch Sponsoring fördert sie die Entwicklung und Attraktivität der Region.

Im Rahmen der Spendengala die in der Musikakademie in Marktoberdorf stattgefunden hat, konnten an eine große Zahl von Vereinen und Organisationen Spenden übergeben werden. Zusammen mit den Sponsoring-Maßnahmen für das Jahr 2015 wurden hierfür wiederum rund 1,3 Mio. € aufgebracht. In diesem Betrag ist eine weitere Zustiftung für die Sparkassenstiftung Allgäu mit 0,5 Mio. € enthalten.

Die von der Sparkasse Allgäu gegründete Sparkassenstiftung Allgäu ist mittlerweile mit einem Kapital von 13,0 Mio. € ausgestattet. Die Erträge aus der Sparkassenstiftung werden ausschließlich in der Region für gemeinnützige Zwecke verwendet.

2.2.8 Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr

Durch die anstehenden Veränderungen im Filialnetz wurde auch die Veränderung der Organisationsstruktur der Sparkasse notwendig. Diese Veränderung betrifft im Wesentlichen die Strukturen am Markt. Um die veränderten Kundenbedürfnisse besser abzudecken, wird ein neuer Bereich Medialer Vertrieb entstehen.

2.3 Vermögenslage

Die Bilanzstruktur der Sparkasse wird in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

AKTIVA	2015 T€	2014 T€	Veränderung in T€	Relation in % der BS 2015	Relation in % der BS 2014
Barreserve	88.910	86.427	+ 2.483	2,1	2,1
Forderungen an Kreditinstitute	482.880	664.457	- 181.577	11,1	15,8
Ausleihungen an Kunden	2.764.577	2.620.585	+ 143.992	63,6	62,1
Wertpapiere	908.708	743.773	+ 164.935	20,9	17,6
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	66.932	69.542	- 2.610	1,6	1,6
Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	27.356	27.463	- 107	0,6	0,7
Sonstiges	5.521	6.082	- 561	0,1	0,1
Bilanzsumme (BS)	4.344.884	4.218.329	+ 126.555	100,0	100,0
davon Anlagevermögen	1.012.603	847.290*	+ 165.313	23,3	20,1
*Vorjahreswert angepasst					

PASSIVA	2015 T€	2014 T€	Veränderung in T€	Relation in % der BS 2015	Relation in % der BS 2014
Bankenverbindlichkeiten	672.131	674.780	- 2.649	15,5	16,0
Kundeneinlagen	3.244.437	3.099.983	+ 144.454	74,7	73,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	209	431	- 222	0,0	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	25.039	61.784	- 36.745	0,6	1,5
Fonds für allg. Bankrisiken	148.000	130.000	+ 18.000	3,4	3,1
Eigenkapital	202.307	198.560	+ 3.747	4,6	4,7
Sonstiges	52.761	52.791	- 30	1,2	1,2
Bilanzsumme (BS)	4.344.884	4.218.329	+ 126.555	100,0	100,0

Die Bilanzstruktur hat sich im Wesentlichen durch das Geschäft mit unseren Kunden verändert. Die hinzugewonnenen Einlagen konnten größtenteils als Ausleihungen in der Region verwendet werden. Der Liquiditätsüberhang wurde entsprechend am Geld- und Kapitalmarkt platziert.

Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen ist den ersichtlichen Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen (z.B. aus Beteiligungen) ausreichend Rechnung getragen worden. Darüber hinaus bestehen Vorsorgereserven gemäß § 340 f HGB zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute.

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2014. Die Sparkasse weist inklusive des Bilanzgewinns 2015 ein Eigenkapital von 202,3 Mio. € (im Vorjahr 198,6 Mio. €) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 g HGB durch eine weitere Zuführung von 18,0 Mio. € auf 148,0 Mio. € erhöht.

Die Eigenkapitalanforderungen wurden im Berichtsjahr jederzeit eingehalten. Die zur Deckung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorhandenen Eigenmittel übertreffen die Anforderungen. Zum Bilanzstichtag liegt die gemäß Artikel 92 CRR ermittelte Gesamtkapitalquote als Relation der Eigenmittel zum Gesamtrisikobetrag, insbesondere bestehend aus Kreditrisiken, Marktrisiken und operationalen Risiken, bei 14,7 % (Vorjahr 14,7 %) und damit deutlich über dem gesetzlich vorgeschriebenen Wert von 8 %. Die Sparkasse weist damit eine gute Kapitalbasis für die zukünftige Geschäftsausweitung auf.

2.4 Finanzlage

Die Steuerung liquiditätsrelevanter Aktiva und Passiva im Rahmen gesetzter Limite erfolgt innerhalb des strategischen Liquiditätsmanagements. Im Berichtszeitraum hatte die Sparkasse einen uneingeschränkten Zugang zum Geld- und Kapitalmarkt. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Zur Überwachung unserer Zahlungsbereitschaft bedienen wir uns kurz- und mittelfristiger Finanzpläne, die – nach Monaten gestaffelt – die fälligen Geldanlagen und Geldaufnahmen sowie die statistisch aus der Vergangenheit entwickelten Prognosewerte des Kundengeschäfts enthalten. Ggf. werden die Plandaten in einem weiteren Schritt um Erfahrungs- und Zielwerte ergänzt. Der Prognosezeitraum der Finanzplanung beträgt 12 Monate.

Zum Jahresende errechnete sich eine nach der Liquiditätsverordnung berechnete Liquiditätskennzahl (Untergrenze 1,0) von 2,9, so dass die Liquidität wie auch im gesamten Geschäftsjahr nach den Vorgaben der Liquiditätsverordnung als ausreichend anzusehen ist. Die Liquiditätskennziffer lag im abgelaufenen Geschäftsjahr durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert. Auch die nach der Liquiditätsverordnung für die weiteren Beobachtungszeiträume (Laufzeitenbänder bis zu zwölf Monaten) zu berechnenden Beobachtungskennzahlen deuten nicht auf zu erwartende Engpässe hin. Im letzten Geschäftsjahr lagen die Beobachtungskennzahlen durchwegs im Rahmen der prognostizierten Werte.

Darüber hinaus ist seit Oktober 2015 auch die Liquiditätsdeckungsanforderung (Liquidity Coverage Ratio – LCR) gemäß den Vorgaben der delegierten Verordnung (EU) 2015/61 einzuhalten. Die Mindestquote wurde seit Einführung der LCR bis zum Ende des Geschäftsjahres nur an wenigen Tagen unterschritten.

Auch die weiteren internen Liquiditätsvorschaurechnungen deuten nicht auf Liquiditätsengpässe hin. Das zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften notwendige Guthaben wurde in der erforderlichen Höhe bei der Deutschen Bundesbank und für den österreichischen Unternehmensteil bei der Österreichischen Nationalbank unterhalten.

Die eingeräumten Kredit- bzw. Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der Bayerischen Landesbank wurden nur teilweise in Anspruch genommen. Tagesgeldaufnahmen erfolgten bei Partnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe.

Die Zahlungsbereitschaft ist aufgrund der zu erwartenden Liquiditätszuflüsse und Kreditvolumina auch künftig gewährleistet.

2.5 Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich auf Basis der Gewinn- und Verlustrechnung wie folgt dar:

	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	Prognose Vorjahr
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Zinsüberschuss incl. laufender Erträge	78,7	80,6	- 1,9	78,4
Provisionsüberschuss	28,4	27,2	+ 1,2	28,9
Allgemeine Verwaltungsauswendungen:				
- Personalaufwand	51,9	49,6	+ 2,3	48,2
- andere Verwaltungsauswendungen	22,7	20,8	+ 1,9	22,4
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	3,0	5,0	- 2,0	2,6
Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen	2,1	2,1	+/- 0,0	1,7
Ergebnis vor Bewertung	31,6	34,5	- 2,9	35,8
Bewertungsergebnis	+0,4	+0,8	- 0,4	-11,0
Ergebnis nach Bewertung	32,0	35,3	- 3,3	24,8

Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	18,0	20,0	- 2,0	0,0
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	14,0	15,3	- 1,3	24,8
Außerordentliches Ergebnis	---	---	+/- 0,0	2,5
Steuern	10,3	10,7	- 0,4	7,0
Jahresüberschuss/Bilanzgewinn	3,7	4,6	- 0,9	15,3

Der Zinsüberschuss reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Mio. €, liegt aber im erwarteten Rahmen. Hier spiegelt sich die anhaltende Niedrigzinsphase wieder.

Der Provisionsüberschuss lag um 0,5 Mio. € unter dem erwarteten Wert, aber deutlich über dem Wert des Vorjahres (+1,2 Mio. €).

Der gesamte Verwaltungsaufwand erhöhte sich gegenüber unseren Planungen um 4,2 Mio. €. Die Zahl der Mitarbeiter ist zwar gesunken, jedoch durch die tarifliche Lohnsteigerung und durch die zinsbedingte erhöhte Zuführung zur Pensionsrückstellung kam dieser Effekt bei den Personalkosten nicht zum tragen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand) sind durch die Investitionen in der Filiale Marktoberdorf und durch die Ausweichquartiere im Rahmen des Hauptstellenneubaus belastet.

Die bisher national im Restrukturierungsfondsgesetz (RStruktFG) und der dazugehörigen Durchführungsverordnung geregelte Bankenabgabe wurde auf EU-Ebene im Rahmen der Bankenabwicklungsrichtlinie (Richtlinie 2014/59EU (BRRD) mit Wirkung vom 1.1.2015 neu geregelt. Sie führte in 2015 zu einer zusätzlichen Belastung der Ertragslage von 240 T€.

Das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen veränderte sich dadurch auf 73 % (Vorjahr: 70 %). Weiterhin bleibt die nachhaltige Verbesserung der Unternehmensrentabilität ein wichtiges Ziel der Unternehmenspolitik. Entsprechend wurden bereits im abgelaufenen Geschäftsjahr die Weichen für die Veränderungen in der Zukunft gestellt.

Das Bewertungsergebnis hat sich positiv dargestellt. Die Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Günstiger als erwartet haben sich die Bewertungen im Kundenkreditgeschäft und bei den sonstigen Vermögenswerten entwickelt.

1,3

Der Jahresüberschuss bzw. Bilanzgewinn ermöglicht eine Aufstockung des Eigenkapitals als Basis für die zukünftige Geschäftsausweitung. Der Bilanzgewinn in Höhe von 3.747 T€ soll mit Feststellung des Jahresabschlusses in die Sicherheitsrücklage eingestellt werden.

Die gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offen zu legende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,09 %.

Zur weiteren Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Dieser beinhaltet eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses der Sparkasse in Relation zur Durchschnittsbilanzsumme. In das danach errechnete Betriebsergebnis vor Bewertung gehen die ordentlichen Erträge aus Zins-, Dienstleistungs- und Handelsgeschäften ein. Zur Ermittlung des Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden.

Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 0,80 % (im Vorjahr 0,86 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme. Das Ergebnis liegt damit unter dem geplanten Wert von 0,83 %. Das Niveau des Durchschnitts der bayerischen Sparkassen wurde mit dem Ergebnis nicht erreicht.

Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Das Betriebsergebnis nach Bewertung ist erfreulich. Unter Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

2.7 Zusammenfassende Beurteilung der Geschäftsentwicklung und der Lage der Sparkasse Allgäu

Unsere Sparkasse kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2015 zurückblicken. Der Geschäftsverlauf und die Lage können unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen sowie branchenspezifischen Entwicklung als positiv beurteilt werden.

Die Ertragslage, die sich im Vergleich zu anderen Sparkassen gleicher Größe in unserem Verbandsgebiet befriedigend entwickelt hat, war gekennzeichnet durch die anhaltend niedrigen Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt. Wir konnten das Vorjahresergebnis und die im Vorjahr prognostizierten Werte nicht ganz erreichen. Der erzielte Jahresüberschuss entspricht jedoch dem erwarteten Geschäftsergebnis.

Die Finanz- und Vermögenslage ist unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung angemessen. Die angestrebten Ertragsziele konnten im Wesentlichen erreicht werden. Die Ausgaben für Personal- und Verwaltungsaufwendungen lagen deutlich über den angestrebten Werten. Die Sparkasse verfügt hinsichtlich der regulatorischen Erfordernisse über ausreichend Eigenkapital.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge mit besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

4. Risikobericht

4.1. Risikomanagement

Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung

Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken unter Berücksichtigung eines risiko- und ertragsadäquaten Einsatzes des Eigenkapitals stellen Kernfunktionen von Kreditinstituten dar. Im strategischen Rahmenwerk hat die Sparkasse eine Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt. Darüber hinaus hat die Sparkasse eine IT-Strategie und eine Offenlegungsstrategie verabschiedet. In der Geschäftsstrategie werden die Ziele der Sparkasse für wesentliche Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die Risikostrategie wiederum ist in Teilstrategien unterteilt, um die Ziele für alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten zu erfassen.

Die Risikostrategie ist dadurch gekennzeichnet, dass sie auf Basis der Risikotragfähigkeit, die in der Geschäftsstrategie niedergelegten Ziele und Planungen berücksichtigt. Mit Hilfe von Risikolimiten und Risikotoleranzen wurde bestimmt, in welchem Umfang und zu welchen Bedingungen die Sparkasse bereit ist, Risiken einzugehen.

Ausgehend von der jährlich einmal erstellten Risikoinventur, deren Dokumentation sich im Risikohandbuch der Sparkasse niederschlägt, werden für die Zwecke der Risikosteuerung folgende Risikoarten als wesentlich definiert:

Liquiditäts-, Marktpreis-, Adressen- und operationelle Risiken

Die wesentlichen Risiken werden in der Risikostrategie berücksichtigt und im Risikotragfähigkeitskonzept der Sparkasse quantifiziert. Mit den wesentlichen Risiken verbundene Risikokonzentrationen werden berücksichtigt. Die nicht in das Risikotragfähigkeitskonzept einbezogenen Risiken werden im erforderlichen Umfang in den Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen der Sparkasse berücksichtigt.

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien für die Geschäfte der Sparkasse, erlässt die Geschäftsanweisung für den Vorstand und überwacht dessen Tätigkeit. Der Vorstand legt neben der geschäftspolitischen Zielsetzung die wesentlichen strategischen und methodischen Ausrichtungen fest und bestimmt die Höhe des zur Risikoabdeckung zur Verfügung gestellten Risikodeckungspotenzials sowie dessen Verteilung auf die einzelnen Risikoarten. Die Aufgabe der Risikosteuerung wird dann dezentral durch die Managementeinheiten in den verschiedenen Geschäftsbereichen wahrgenommen.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand der Sparkasse regelmäßig schriftlich berichtet. Der Vorstand informiert den Verwaltungsrat über die Risikosituation der Sparkasse vierteljährlich anhand des Risikoberichts. Eine Ad-hoc-Berichterstattung an den Vorstand bzw. an den Verwaltungsrat ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft erfolgt in den strategischen Geschäftseinheiten Firmenkunden, Privatkunden und Vermögenskunden bei Kreditentscheidungen bis zu 1 Mio. €. Bei Krediten ab 1 Mio. € entscheiden die Einzelvorstände bzw. bei Krediten größer 2 Mio. € entscheidet der Gesamtvorstand. Eine Informationspflicht an den Verwaltungsrat besteht bei Kreditentscheidungen größer 4 Mio. €. Ab 30 Mio. € sind Kreditentscheidungen im Verwaltungsrat zustimmungspflichtig.

Der Geschäftsbereich Treasury steuert die Marktpreisrisiken, Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften und die Liquiditätsrisiken.

Risikomanagement und Risikocontrolling

Zur Steuerung und Überwachung der mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken hat die Sparkasse ein Risikomanagement- und Kontrollsystem eingerichtet, das der Risikoerkennung, -bewertung, -messung, -reporting, -steuerung, -kontrolle dient. Die Ausgestaltung des Risikomanagement richtet sich nach Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt unserer Geschäftstätigkeit. Das zentrale Risikocontrolling hat, als aufbau- und ablauforganisatorisch von den geschäftsverantwortlichen Bereichen unabhängige Organisationseinheit, die Funktion der unabhängigen Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken.

Das Risikocontrolling, das aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt ist, hat die Koordinationsfunktion bei der Identifikation, Beurteilung, Überwachung und dem Berichtswesen für die Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditätsrisiken und operationellen Risiken. Dem Risikocontrolling obliegt die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren, die Errichtung und die Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse.

Zusätzlich koordiniert das Risikocontrolling in Teilbereichen die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, erstellt die Risikotragfähigkeitsberechnungen und überwacht laufend die Einhaltung von Risikolimiten.

Es unterstützt den Vorstand in wesentlichen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie beteiligt. Diese für die Überwachung und Steuerung von Risiken zuständige Risikocontrolling-Funktion wird im Wesentlichen durch die Mitarbeiter des Bereiches Unternehmenssteuerung wahrgenommen.

Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt dem Leiter des Bereiches Unternehmenssteuerung. Unterstellt ist er dem Vorstandsvorsitzenden.

Die Risikocontrolling-Funktion hat insbesondere die folgenden Aufgaben:

- Unterstützung der Geschäftsleitung in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie sowie bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken,
- Durchführung der Risikoinventur und Erstellung des Gesamtrisikoprofils,
- Unterstützung der Geschäftsleitung bei der Einrichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse,
- Einrichtung und Weiterentwicklung eines Systems von Risikokennzahlen und eines Risikofrüherkennungsverfahrens,
- Laufende Überwachung der Risikosituation des Instituts und der Risikotragfähigkeit sowie der Einhaltung der eingerichteten Risikolimiten,
- Regelmäßige Erstellung der Risikoberichte für die Geschäftsleitung,
- Verantwortung für die Prozesse zur unverzüglichen Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen an die Geschäftsleitung, die jeweiligen Verantwortlichen und gegebenenfalls die Interne Revision.

Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikomanagementaktivitäten wird gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) durch die Interne Revision geprüft. Die angewandten Methoden zur Messung, Steuerung und Aggregation aller Risikoarten werden kontinuierlich weiterentwickelt und regelmäßig auf ihre Angemessenheit überprüft. Die dem Risikomanagement zu Grunde liegenden Prozesse werden im Risikohandbuch bzw. in Arbeitsanweisungen dargestellt. Für die Risikomanagementorganisation gelten folgende Grundsätze:

- Der Gesamtvorstand ist für die Entwicklung einer Unternehmens- und Risikostrategie sowie für ein funktionierendes Risikomanagement- und Überwachungssystem verantwortlich. Ihm obliegt darüber hinaus die Verantwortung für die gesamte Risikoüberwachung, hierbei wird der Gesamtvorstand durch die Risikocontrolling-Funktion gem. MaRisk unterstützt. Die Aufgaben der Risikocontrolling-Funktion ergeben sich aus AT 4.4.1 MaRisk und finden sich wieder in der Stellenbeschreibung „Unternehmenssteuerung Bereichsleitung“.
- Der Gesamtvorstand erörtert mit dem Verwaltungsrat die Risikostrategie, das Überwachungssystem sowie die Risikosituation der Sparkasse.
- Der Verwaltungsrat prüft, ob der Vorstand geeignete Maßnahmen zur Risikoerkennung, -bewertung und -steuerung ergriffen hat und ob die sparkasseninternen Richtlinien ausreichend sind. Er bedient sich dafür u. a. der Prüfungsergebnisse der Prüfungsstelle des Sparkassenverbandes (z. B. Prüfung des Jahresabschlusses (JA), Prüfung des Kreditgeschäfts (JK), Prüfung der Geschäftsorganisation (JG)). Darüber hinaus hat der Verwaltungsrat das Recht aber auch die Pflicht, ggf. notwendige weitere Auskünfte einzufordern.

Das Risikomanagementsystem umfasst alle wesentlichen Geschäftsbereiche der Sparkasse und gewährleistet eine integrierte Risikoüberwachung, die es ermöglicht, kurzfristig auf Veränderungen der marktmäßigen und organisatorischen Rahmenbedingungen zu reagieren.

Die einzelnen Elemente des Risikomanagementsystems werden

- dokumentiert,
- regelmäßig überprüft
- und laufend weiterentwickelt.

Hierzu hat die Sparkasse ein ganzheitliches Limitkonzept eingerichtet. Bei der Ermittlung und Festlegung des Gesamtbankrisikolimits hat die Sparkasse auf Konsistenz zu der in der Risikostrategie festgelegten Risikobereitschaft geachtet. Die Festlegung eines Gesamtbankrisikolimits erfolgt für das Normal-Case-Risikoszenario. Das Gesamtbankrisikolimit bildet zugleich die Ausgangsbasis für die gesamte Limitstruktur der Sparkasse. Ziel dieses periodischen Limitkonzeptes ist die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit; d. h. die Solvenz soll auch bei Eintritt der Risiken weiterhin gewährleistet sein (Going-concern-Ansatz).

Im Rahmen der Gesamtbankrisikosteuerung werden neben der Messung und Steuerung von Risiken in den einzelnen Bereichen in regelmäßigen Abständen Risikotragfähigkeitsanalysen und Stresstests durchgeführt. Im Rahmen der vierteljährlichen bzw. Ad-hoc durchzuführenden periodenorientierten Risikotragfähigkeitsberechnung stellt die Sparkasse ihr Risikodeckungspotenzial den eingegangenen Risiken gegenüber. Dabei stellen die installierten Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Als periodenorientierte Deckungspotentiale werden die laufende Ertragskraft (Ergebnis vor Steuern) und die nicht durch die CRR-gebundenen Reserven aus der Substanz (=Vorsorgereserven §340 f HGB + Sonderposten für allgemeine Bankrisiken §340 g HGB + Gewinnrücklagen) definiert. Vom vorhandenen Risikodeckungspotential haben wir per 31.12.2015 49 % zur Unterlegung unseres Gesamtbankrisikolimites eingesetzt, davon betreffen das Marktpreisrisiko Handelsgeschäfte 31 %, das Adressenausfallrisiko Kunden 8 %, das Adressenausfallrisiko Beteiligungen 4 %, das Liquiditätsrisiko 1 %, das Marktpreisrisiko Zinsspanne 3 %, das operationelle Risiko 1 % und das GuV-Prognoserisiko für Vertriebs-, Kostenrisiken und Mindestgewinn 1%.

Neben der Ermittlung der Risikotragfähigkeit im Normal-Case werden regelmäßig periodenorientierte Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Hierbei handelt es sich um den sog. Stresstest 1 (historischer Stresstest), den Stresstest 2 (hypothetischer Stresstest), den Stresstest 3 (schwerer konjunktureller Abschwung, d. h. Stresstest 1 ergänzt um erhöhten Ausfall bei den Branchen Maschinenbau und Gastgewerbe) sowie den Stresstest 4 (inverser Stresstest).

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand der Sparkasse regelmäßig berichtet. Der Vorstand erläutert die Risiken regelmäßig dem Verwaltungsrat.

4.2 Risikoarten (und deren Absicherung)

4.2.1 Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiken aus dem Kreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko wird der potenzielle Verlust verstanden, der aus der Nichterfüllung von Verträgen aufgrund der Verschlechterung der Bonität von Geschäftspartnern oder deren Zahlungsunfähigkeit entstehen kann. Das Kreditgeschäft ist ein wesentliches Kerngeschäft der Sparkasse. Das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken zählt somit zur Kernkompetenz der Sparkasse.

Die Sparkasse Allgäu steuert die Adressenausfallrisiken im Sinne der MaRisk auf Basis einer Kreditrisikostategie mit Verfahren zur Risikoklassifizierung und Risikofrüherkennung. In der Kreditrisikostategie wird die Entwicklung der Risikosituation jährlich analysiert. Besondere Berücksichtigung finden dabei die Kundenarten, die Größenklassenstruktur, die Bonitäten, die Branchenverteilung der Kredite und die gestellten Sicherheiten. Handlungsempfehlungen, bonitätsabhängige Einzelgeschäfts- und Branchenlimite lenken das Kreditgeschäft in eine weiterhin risikosensible Richtung.

Die Risikolage im Kundenkreditgeschäft hat sich im Jahr 2015 nach Jahren der Verbesserung stabilisiert. Die Risikolage im Kundenkreditgeschäft liegt nun, gemessen an den verfügbaren Reserven und der Ertragskraft, im sparkassenüblichen Durchschnitt.

Die folgenden Darstellungen enthalten den Gesamtbetrag der Forderungen zum Bilanzstichtag, aufgeschlüsselt nach Kundenarten, Größenklassen, Bonitätsstruktur, Hauptbranchen und Produktarten. Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Werten vor Abzug der Risikovorsorge ausgewiesen.

Forderungen nach Kundenarten:

Kundenart	Kredite (inkl. Zusagen)	
	T€	%
Unternehmen	2.098.884	56,5
Privatkunden	1.434.315	38,6
Kommunen	182.043	4,9
Sonstige	1.037	0,0
Gesamt	3.716.279	100,0

Forderungen nach Größenklassen:

Größenklasse	Kredite (inkl. Zusagen)	
	T€	%
> 15.000 T€	512.994	13,8
10.000 - 15.000 T€	158.794	4,3
8.000 - 10.000 T€	92.407	2,5
6.000 - 8.000 T€	151.538	4,1
4.000 - 6.000 T€	193.015	5,2
2.000 - 4.000 T€	236.681	6,4
1.000 - 2.000 T€	257.844	6,9
0 <= 1.000 T€	2.113.006	56,9
Gesamt	3.716.279	100,0

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite, kleinteilige Streuung des Ausleihgeschäftes.

Forderungen nach Bonitäten:

Ratingnote		Kredite (inkl. Zusagen)	
intern	extern	T€	%
1	AAA bis BBB	1.586.241	42,7
2		189.679	5,1
3		306.901	8,3
4	BBB bis BB+	227.863	6,1
5		261.257	7,0
6		270.783	7,3
7	BB bis BB-	196.731	5,3
8		151.728	4,1
9		123.785	3,3
10	B+ bis C	76.769	2,1
11		43.041	1,2
12		41.869	1,1
13		24.874	0,7
14		24.207	0,7
15	D	19.965	0,5
16		8.969	0,2
17		26.223	0,7
18		8.435	0,2
ohne		126.958	3,4
Gesamt		3.716.279	100,0

Der überwiegende Teil der Forderungen (76,5%) ist in den Ratingklassen 1 bis 6 (AAA bis BB+) eingestuft. Ungeratet war zum Berichtsstichtag lediglich ein Anteil von 3,4% der Forderungen.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Ergänzend werden auch externe Ratings zur Bonitätsbeurteilung herangezogen.

Mit diesen Verfahren werden den einzelnen Kreditnehmern zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios individuelle Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der möglichen Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt.

Forderungen an Unternehmen nach Branchen:

Hauptbranche	Kredite (inkl. Zusagen)	
	T€	%
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	71.274	3,4
Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau, und Gewinnung von Steinen und Erden	152.030	7,2
Verarbeitendes Gewerbe	281.744	13,4
Baugewerbe	189.704	9,0
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	264.918	12,6
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	84.525	4,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	62.106	3,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	348.591	16,6
Sonstige Dienstleistungsgewerbe	604.962	28,8
Organisationen ohne Erwerbszweck	39.031	1,9
Gesamt	2.098.884	100,0

Der zum 31.12.2015 bestehende Gesamtbetrag der Forderungen an Unternehmen gegliedert nach Hauptbranchen stimmt im Wesentlichen mit der Struktur der Wirtschaft in unserem Geschäftsgebiet überein.

Forderungen an Privatkunden nach Produktarten:

Produktart	Kredite (inkl. Zusagen)	
	T€	%
Kredite für den Wohnungsbau	990.979	69,1
Dispositionskredite	263.404	18,4
Avalrahmen	50.461	3,5
Sonstige Kredite	129.471	9,0
Gesamt	1.434.315	100,0

Forderungen nach geographischer Gliederung:

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgereichte Kreditvolumen betrug zum 31.12.2015 0,50% des Gesamtkreditvolumens.

Früherkennung von erhöhten Ausfallrisiken, Risikovorsorge:

Die Sparkasse verfügt über Steuerungsinstrumente (Frühwarnsysteme), um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, zu steuern, zu bewerten und im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen. Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf besteht.

Hierzu sind objektive Indikatoren festgelegt wie beispielsweise Vollstreckungsmaßnahmen anderer Gläubiger, Insolvenzverfahren, dauerhafte mangelnde Kapitaldienstfähigkeit oder Negativmerkmale aus der Kontoführung. Bei Existenz eines oder mehrerer Indikatoren erfolgt eine von dem Bereich Markt unabhängige Prüfung, eine aktuelle Bewertung der Sicherheiten, die Aufnahme in den unterjährigen Risikovorsorgeprozess und die Bildung einer Einzelwertberichtigung oder Rückstellung für den Jahresabschluss.

Entwicklung der Risikovorsorge im abgelaufenen Geschäftsjahr:

	Anfangsbestand	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand
	T€	T€	T€	T€	T€
Einzelwertberichtigungen (inkl. Zinskorrekturposten)	28.520	1.757	7.732	10.778	11.767
Rückstellungen (mit Wertberichtigungscharakter)	1.087	26	762	3	348
Pauschalwertberichtigungen	5.168	0	185	0	4.983
Gesamt	34.775	1.783	8.679	10.781	17.098

Die Entwicklung der Risikovorsorge im Berichtsjahr zeigt eine positive Tendenz. Der überwiegende Teil der Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen entfällt auf Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen.

Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen Vorsorgereserven nach § 340f HGB. In den Arbeitsanweisungen sind die Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorge geregelt.

Steuerung des Kreditportfolios:

Neben der monatlichen Ermittlung der Adressenrisikoposition wird eine regelmäßige Analyse, Bewertung und Steuerung des Kreditportfolios mit Hilfe des Modells "Credit Portfolio View" (CPV) durch den Bereich Unternehmenssteuerung durchgeführt. Das Risikomaß ist der Credit-Value at Risk und bezeichnet hier die Abweichung vom erwarteten Verlust, die bei einer unterstellten Haltedauer von einem Jahr und einem definierten Konfidenzniveau nicht überschritten wird. Hierbei werden neben Kreditportfoliodaten auch übergreifende Parameter wie Migrationsmatrizen, Ausfallzeitreihen sowie Einbringungs- und Verwertungsquoten der Sparkassen Rating- und Risikosysteme GmbH berücksichtigt.

Der zum 31.12.2015 ermittelte unerwartete Verlust aus dem CPV-Periodikmodul in Abhängigkeit von der Eintrittswahrscheinlichkeit:

Konfidenzniveau	Unerwarteter Verlust
95,00%	13,6 Mio. €
99,00%	19,9 Mio. €

Diese Werte finden Verwendung zur Darstellung außergewöhnlicher Risikosituationen in Szenarien und Stresstests. Die Ergebnisse zeigen, dass die Sparkasse auch in diesen, teilweise sehr unwahrscheinlichen Konstellationen die simulierten Ausfälle verkraften könnte.

Das Kreditportfolio unserer Sparkasse ist gekennzeichnet durch eine gute Diversifizierung sowohl bei Kundenarten, Größenklassen, Branchen und Produktarten. Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Die eingegangenen Risikopositionen stehen im Einklang mit dem strategischen Ziel der langfristigen Unternehmenssicherung.

Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Zur Begrenzung der Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bestehen Emittenten-, Kontrahenten- und Wiedereindeckungslimite. Ergänzend besteht ein zusammenfassendes Limit (Ausfalllimit) für alle Handelsgeschäfte. Die Risiken werden durch die sorgfältige Auswahl unserer Vertragspartner nach den Regeln der Kreditwürdigkeitsprüfung begrenzt. Die Auslastung der Limite wird durch den Bereich Unternehmenssteuerung berechnet und überwacht.

Die Handelsgeschäfte umfassen zum Bilanzstichtag ein Volumen von 1.388,7 Mio. € (Kurs- bzw. Nominalwert). Wesentliche Positionen sind dabei die Schuldverschreibungen und Anleihen (571,2 Mio. €, nicht in der Wertpapierleihe), Wertpapierspezialfonds (299,5 Mio. €), Termingelder (95,0 Mio. €), Wertpapierleihegeschäfte (365,0 Mio. €) und Immobilienfonds (58,0 Mio. €).

Dabei zeigt sich nachfolgende Ratingverteilung:

Externes Rating	AAA bis BBB+	BBB bis BB+	BB bis BB-	B+ bis C	D	ungeratet
Ratingklassen	1-3	4-6	7-9	10-15	16-18	
31.12.2015 in %	95,8%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	4,2%
31.12.2014 in %	95,8%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	4,2%

Die von der Sparkasse gehaltenen verzinslichen Wertpapiere verfügen ausnahmslos über ein Rating zwischen AAA und BBB+. Hinsichtlich der Anlageschwerpunkte der von der Sparkasse erworbenen Investmentfonds verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang.

Die von der Sparkasse hinsichtlich außergewöhnlicher Marktentwicklungen durchgeführten Stresstests zeigen, dass die Sparkasse die Adressenrisiken aus Handelsgeschäften tragen kann. Eingesetzt werden hierbei, je nach Stresstest, Ratingschifts, welche das jeweils aktuelle Rating um eine bzw. drei Stufen verschlechtern.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im gesamten Geschäftsjahr 2015 innerhalb der im Rahmen der Risikotragfähigkeit festgelegten Grenzen. Zum Jahresende 2015 war das Risikolimit für diese Risiken in Höhe von 1,0 Mio. € (Vorjahr 1,0 Mio. €) mit 0,5 Mio. € zu 50,0 % ausgelastet. Die Risikosituation kann somit als vertretbar angesehen werden.

Es bestehen keine Risikokonzentrationen im Bereich der Emittentenlimitstruktur. Das Länderrisiko aus dem Handelsgeschäft ist auch unter Einbeziehung der Wertpapiere des Spezialfonds relativ gering.

Der Notwendigkeit eines angemessenen und zeitnahen Risikoinformationswesens tragen wir durch den Gesamtrisikobericht und den Bericht über die Entwicklung der Risiko- und Ertragslage im Handelsbereich Rechnung. Der Gesamtrisikobericht wird dem Vorstand vierteljährlich, der Bericht über die Entwicklung der Risiko- und Ertragslage im Handelsbereich, monatlich vorgelegt.

Beteiligungen

Unter Beteiligungsrisiko wird das Risiko eines möglichen Bewertungsverlusts aufgrund von nachteiligen Veränderungen der Unternehmenswerte, der im Beteiligungsportfolio der Sparkasse enthaltenen Beteiligungen, verstanden.

Bei den Beteiligungen der Sparkasse handelt es sich primär um strategische Beteiligungen im S-Finanzverbund. Wesentliche Beteiligungen sind die Beteiligung an der Versicherungskammer Bayern, LBS Bayerische Landesbausparkasse, DekaBank Deutsche Girozentrale, Bayerischen Landesbank, Deutsche Sparkassen Leasing und der Landesbank Berlin. Teilweise werden die Beteiligungen auch indirekt über den Sparkassenverband Bayern oder über zwischengeschaltete Gesellschaften gehalten. Des Weiteren hat sich die Sparkasse noch im Rahmen einer lokalen Wirtschafts- und Standortförderung an verschiedenen Unternehmen beteiligt. Das hierfür verwendete Volumen ist jedoch von untergeordneter Bedeutung.

Die Beteiligungsrisiken werden in das Risikotragfähigkeitskonzept der Sparkasse einbezogen und angemessen als Risikokonzentration in den Stresstests berücksichtigt. Das Beteiligungscontrolling erfolgt für die Verbundbeteiligungen durch den Sparkassenverband Bayern und für die sonstigen Beteiligungen durch die Abteilung Marktservice Aktiv. Das Beteiligungsrisiko wird anhand historischer Zeitreihen ermittelt und beträgt im Normal-Case-Risikoszenario 6,4 Mio. €. Neben der Risikoquantifizierung erfolgt zusätzlich eine qualitative Beurteilung der Unternehmensentwicklung.

Die Sparkasse ist Mitglied beim Sparkassenverband Bayern. Als Mitglied ist sie verpflichtet, über Umlagen den nicht anderweitig gedeckten Verbandsaufwand entsprechend dem maßgeblichen Umlageschlüssel abzudecken. Dies gilt auch für den Fall, dass die erwarteten Erträge die im Rahmen dieser Konstruktionen möglicherweise entstehenden Aufwendungen nicht abdecken.

Zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch die S-Finanzgruppe haben wir uns über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. (DSGV) an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Erwerbsgesellschaft) als Kommanditistin unterbeteiligt. In diesem Zusammenhang besteht ein Aufwendungsersatzanspruch des DSGV gegenüber den Unterbeteiligten für den Fall, dass die über die Erwerbsgesellschaft auszuschüttenden Dividenden der LBBH die laufenden Aufwendungen (im Wesentlichen aus der Fremdfinanzierung) nicht abdecken. Für das Geschäftsjahr 2015/2016 der Erwerbsgesellschaft war die Bildung einer Rückstellung erforderlich.

Das Risiko aus Beteiligungen bewegt sich im Rahmen der Limite.

4.2.2 Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken wird das Risiko eines möglichen Verlusts bei Anlagewerten aufgrund nachteiliger Veränderung der Marktpreise oder der preisbeeinflussenden Parameter verstanden.

Marktpreisrisiken werden gesteuert mit dem Ziel, Ertragschancen wahrzunehmen, ohne die finanziellen Ressourcen unangemessen zu belasten.

Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften des Handels- und Anlagebuchs

Für Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften wird im Bereich der GuV-orientierten Limitierung im Risikomesssystem ein Gesamtverlustlimit festgelegt. Das Gesamtverlustlimit wird aus der periodenorientierten Risikotragfähigkeit abgeleitet, dabei werden die Marktpreisrisiken täglich auf Basis aktueller Marktpreise und möglicher Marktpreisveränderungen durch den Bereich Unternehmenssteuerung ermittelt und auf das aus dem Risikotragfähigkeitskonzept abgeleitete Gesamtverlustlimit angerechnet.

Die Auswirkung potenzieller Zinsänderungsrisiken wird börsentäglich auf Basis von Szenarioanalysen gemessen und überwacht. Zur Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Risikocontrolling das Programm SimCorp Dimension eingesetzt, um die tägliche Prüfung der Einhaltung bestehender handelsrechtlicher Limite sicher zu stellen.

Bei Überschreiten von Limiten bzw. vordefinierten Frühwarn Grenzen hat der Bereich Unternehmenssteuerung einen Ad-hoc Bericht über den Überwachungsvorstand an den Gesamtvorstand zu veranlassen.

Für die unterschiedlichen Anlageklassen der Sparkasse werden differenzierte Parametereinstellungen verwendet. Bei Aktien und Investmentfonds liegen Szenariowerte auf Basis einer Haltedauer von 250 Tagen, einem Konfidenzniveau von 95 % und ein je nach Anlageklasse unterschiedlicher historischer Betrachtungszeitraum von ca. 8 Jahren bis ca. 29 Jahren zu Grunde. Dagegen erfolgt bei verzinslichen Wertpapieren die Prognose des zukünftigen Verlustes über eine Szenarioanalyse, bei der Zinsänderungen inkl. bonitätsabhängiger Spreadaufschläge in der Bandbreite von +47 Basispunkte bis +1.282 Basispunkte unterstellt werden können. Die Angemessenheit des Risikomodelles wird jährlich bzw. Ad-hoc überprüft und ggf. werden die Parameter angepasst.

In der Marktpreisrisikostategie hat der Vorstand die grundlegende Anlagestrategie festgelegt. Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt und die erzielten Handelsergebnisse werden bestimmt.

Zusätzlich wird für das Risikomonitoring des Haftungsverbundes das potenzielle Verlustrisiko (Value at Risk) ermittelt. Dabei wenden wir das Verfahren der Modernen Historischen Simulation an. Die angenommene Haltedauer liegt bei 10 Handelstagen. Der Value at Risk wird mit einem Konfidenzniveau von 99 % ermittelt. Die angewandten Risikoparameter werden mindestens jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können. Die anhand des Value at Risk ermittelten Marktpreisrisiken betragen 9,0 Mio. €.

Um mögliche außergewöhnliche Marktentwicklungen zu berücksichtigen, werden vierteljährlich Stresstests durchgeführt. Mit den Stresstests werden sowohl die Auswirkungen eines schweren konjunkturellen Abschwungs, als auch die Auswirkungen bei extremen Marktveränderungen (Haltedauer von 250 Tagen, Konfidenzniveau von 99 % und ein je nach Anlageklasse unterschiedlicher historischer Betrachtungszeitraum von ca. 8 Jahren bis ca. 29 Jahren) simuliert. Als Ergebnis dieser Simulationen ist festzuhalten, dass auch bei unerwartet hohen Marktpreisschwankungen die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Währungsrisiken sind bei der Sparkasse nur von untergeordneter Bedeutung.

Die Marktpreisrisiken bewegten sich in 2015 jederzeit innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Rahmens. Zum Jahresende 2015 war das Gesamtverlustlimit für Marktpreisrisiken in Höhe von 47,0 Mio. € (Vorjahr 39,0 Mio. €) mit 35,8 Mio. € (inkl. der potenziellen Verlustrisiken der nächsten 250 Handelstage aus der Szenarioanalyse) zu 76,2 % ausgelastet.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Wesentlichen mit Hilfe des Programms SimpCorp Dimension unter Beachtung der Funktionstrennung zum Handel wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Marktpreisrisiken innerhalb des vorgegebenen handelsrechtlichen Gesamtverlustlimits bewegen. Bei Überschreiten von Limiten bzw. vordefinierten Frühwarn Grenzen hat der Bereich Unternehmenssteuerung einen Ad-hoc Bericht über den Überwachungsvorstand an den Gesamtvorstand zu veranlassen. Der Überwachungsvorstand informierte den Gesamtvorstand monatlich anhand eines Berichts über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse.

Es besteht eine Risikokonzentration auf die Assetklasse Renten bei den Eigenanlagen. Diese Konzentration ist Bestandteil des Geschäftsmodells der Sparkassen und findet entsprechende Berücksichtigung im Rahmen des Risikomanagementprozesses.

Gesamtinstitutsbezogenes Zinsänderungsrisiko

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. In der wertorientierten Sichtweise ist dieses Risiko als negative Abweichung des Barwerts am Planungshorizont vom erwarteten Barwert definiert. Die Messung und Steuerung der Zinsänderungsrisiken erfolgt auf periodenorientierter Basis, ergänzend wird auch eine wertorientierte Sichtweise betrachtet.

Die Sparkasse setzt im Rahmen der institutsspezifischen Risikosteuerung bei der periodischen Ermittlung des Zinsspannenrisikos des Gesamtinstituts mindestens vierteljährlich den GuV-Planer ein.

Die wertorientierte Quantifizierung erfolgt mittels sDIS OSPlus anhand des Risikomaßes Value at Risk. Dabei wird ein Konfidenzniveau von 95 % und einer Haltedauer von 3 Monaten zugrunde gelegt. Die Berechnung des Value at Risk beruht auf der historischen Simulation der Marktzinsänderungen.

Die anhand des Value at Risk ermittelten Marktpreisrisiken betragen 31,6 Mio. €. Die Entwicklung der Risiken entsprach unserer Zielsetzung.

Der auf der Grundlage des BaFin-Rundschreibens 11/2011 vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) zum 31. Dezember 2015 ermittelte Zinsrisikoeffizient gemäß § 25a Abs. 1 Satz 7 KWG betrug 28,2 %. Er errechnet die Barwertveränderung des Zinsbuchs zu den regulatorischen Eigenmitteln bei einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. - 200 Basispunkte.

Die aufsichtsrechtlich geforderte Einhaltung des BaFin Prüfkriteriums wird im Rahmen eines Limitsystems überwacht und war im Jahr 2015 jederzeit gewährleistet.

In 2015 bewegten sich die Risiken jederzeit innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Das wertorientiert gemessene Zinsänderungsrisiko stufen wir derzeit - bezogen auf den Durchschnitt der im Sparkassenverband Bayern verbundenen Sparkassen - als durchschnittlich ein. Zinsänderungsrisiken bestehen im Wesentlichen bei steigenden Marktzinsen.

Zur Steuerung und Überwachung der Zinsänderungsrisiken werden dem Vorstand monatlich bzw. vierteljährlich Berichte zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird in der monatlichen Sitzung des „Steuerungsausschuss Treasury“ über die Zinsänderungsrisiken berichtet.

Das Zinsänderungsrisiko ist als Risikokonzentration erkannt. Es ist wesentlicher Teil des Sparkassengeschäftsmodells und wird daher entsprechend im Risikomanagementprozesses berücksichtigt.

4.2.3 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko i.e.S.), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Dem Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsplanung, eine tägliche Disposition und eine möglichst ausgewogene Strukturierung der Aktiva und Passiva vorgebeugt. Dabei werden die aufsichtsrechtlichen Vorgaben zum Liquiditätsgrundsatz (Liquiditätsverordnung zu § 11 KWG) und der Liquidity Coverage Ratio (LCR) berücksichtigt. Die Liquiditätsbeschaffung erfolgt überwiegend über Kundeneinlagen. Kurzfristige Liquidität wird über den Geldmarkt bzw. über die Deutsche Bundesbank sichergestellt.

Als Grundlage für die Planung und Steuerung der Liquidität dient der Sparkasse die Liquiditätsübersicht. Der aktuelle Liquiditätsstatus wird auf täglicher Basis durch den Bereich Unternehmenssteuerung erfasst und dient der Disposition der täglichen Liquidität.

In der Liquiditätsplanung werden unplanmäßige Entwicklungen wie z. B. vorzeitige Kündigungen sowie Zahlungsunfähigkeit von Geschäftspartnern in Belastungsszenarien und Stresstests berücksichtigt. An liquiditätsmäßig engen Märkten ist die Sparkasse nur in geringem Umfang engagiert. Es erfolgt eine laufende Überprüfung inwieweit die Sparkasse in der Lage ist, einen Liquiditätsbedarf decken zu können. Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet. Handlungsalternativen für einen sich abzeichnenden Liquiditätsengpass wurden definiert und ein Notfallplan für einen tatsächlichen Liquiditätsengpass erstellt. Schwellenwerte mit Ampelsystem wurden als Auslöser für Handlungsoptionen zur Liquiditätssicherung definiert.

Zur Messung und Limitierung der Liquiditätsrisiken orientiert sich die Sparkasse an den Anforderungen des § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung, der LCR und den MaRisk.

Neben der Einhaltung der Vorgaben der Liquiditätsverordnung zu § 11 KWG und der LCR wird das Liquiditätsrisiko (Zahlungsunfähigkeit) auch mittels eines cashflow-orientierten Ansatzes vierteljährlich ermittelt, dargestellt und darüber berichtet. Es werden hierbei drei verschiedene Szenarien simuliert, die unterschiedlich hohe Intensitäten an Liquiditätsabflüsse unterstellen. Als Ergebnis erhält man jeweils eine Survival Period (Überlebenszeitraum) der Sparkasse. Für die Sparkasse wurde dabei eine Risikotoleranz von >9 Monaten definiert. Per Ultimo Dezember 2015 lag die Survival Period im „Risikoszenario“ bei 20 Monaten. Im „Stressszenario 2“, welches die Liquiditätsreserven unter extrem schwierigen Bedingungen belastet sinkt diese Survival Period auf 7 Monate.

Im Rahmen des Gesamtrisikoberichtes wird vierteljährlich an den Vorstand über den aktuellen Liquiditätsstatus (Kennzahlen gem. LiqV und „Survival-Period) berichtet. Zusätzlich wurden bezüglich außergewöhnlicher Marktentwicklungen auch Stresstests durchgeführt.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung, der LCR und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die Sparkasse verfügt über eine Liquidität, die deutlich über die gesetzlichen Anforderungen hinausgeht. Ausschlaggebend hierfür sind der Bestand an hochliquiden Wertpapieren und die zusätzliche Möglichkeit der kurzfristigen Geldaufnahme bei der Deutschen Bundesbank und den Instituten der S-Finanzgruppe. Zusätzlich werden bei der Deutschen Bundesbank zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben unterhalten. Zusammenfassend ist festzustellen, dass eine ausreichende Liquidität gewährleistet ist. Es sind keine Liquiditätsengpässe zu erwarten.

Informationen zum Liquiditätsrisiko der Sparkasse werden dem Vorstand in Form von Mittelzu- und Mittelabflussbilanz, Liquiditätskennziffer, LCR, Szenarioanalysen und Stresstests durch das Risikocontrolling mindestens vierteljährlich zur Verfügung gestellt.

Die Refinanzierung im Bereich des Eigengeschäftes erfolgt vorwiegend im Verbund der Sparkassen-Finanzgruppe. Diese bewusste Konzentration folgt dem Verbundgedanken und ist Ausdruck der Geschäftsstrategie der Sparkassen-Finanzgruppe.

4.2.4 Operationelles Risiko

Unter operationellen Risiken versteht die Sparkasse die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten können.

Unser Ziel ist es, alle wesentlichen Risiken zu erkennen, um so den kontrollierten Umgang mit den Risiken zu ermöglichen und letztlich die Eintrittswahrscheinlichkeit von Verlusten zu verringern. Für den adäquaten Umgang mit operationellen Risiken ist der Vorstand verantwortlich, dem in diesem Zusammenhang die Aufgabe der Festlegung, der regelmäßigen Überprüfung und der Sicherstellung der Rahmenbedingungen im Umgang mit operationellen Risiken zufällt. Bei der Sparkasse werden operationelle Risiken vierteljährlich bzw. Ad-hoc bei Eintritt bedeutender Schadenfälle identifiziert und dokumentiert.

Den operationellen Risiken wird mit zahlreichen Maßnahmen entgegengewirkt. Zu den installierten Regelungen bzw. Verfahren zum Management der operationellen Risiken zählen insbesondere zentrale Vorgaben durch Arbeitsanweisungen im Unternehmenshandbuch (UHB), das interne Kontrollsystem, die schriftlich fixierte Ordnung für die Aufbauorganisation, die definierten Top-Prozesse, der Einsatz von qualifiziertem Personal sowie die ständige Weiterentwicklung der Methoden und die Verbesserung der technischen Abläufe, oder auch das Business Continuity Management (BCM).

Betriebsrisiken aus dem IT-Bereich, aus Organisations- und aus Bearbeitungsfehlern werden durch Vereinbarungen mit einem externen Rechenzentrum, Notfallkonzepte, zunehmende Automatisierung, ständigen Kontrollen und qualifizierte Mitarbeiter gemindert. Versicherbare Gefahrenpotenziale haben wir grundsätzlich durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgeschirmt.

Rechtliche Risiken werden durch sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen, Einsatz rechtlich geprüfter Standardverträge, Einsatz von auch gesetzlich geforderten Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, deren Fachkompetenz durch laufende Seminare gepflegt wird, reduziert.

Zur Identifizierung und Messung von operationellen Risiken finden die Methoden Risikolandkarte und Schadensfalldatenbank Anwendung. Die „Risikolandkarte“ dient neben der Identifikation operationeller Risiken der szenariobezogenen Analyse von risikorelevanten Verlustpotenzialen (ex ante Betrachtung). In der "Schadensfalldatenbank" werden tatsächlich eingetretene Schäden aus operationellen Risiken ab einem Betrag von 1 T€ erfasst (ex-post Betrachtung).

Das vorgegebene Risikolimit in Höhe von 1.000 T€ war zum 31.12.2015 mit 34,3 % ausgelastet. Derzeit beträgt das gesamte Brutto-Jahresverlustpotenzial (= potenzieller Jahresverlust vor Minderungen, z.B. Versicherungsleistungen, usw.) im Rahmen der Risikolandkarte 5.340 T€.

Die dargestellten Risiken werden nach unserer derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung unserer Sparkasse nicht wesentlich beeinträchtigen.

Im Rahmen der Stresstests wird von einer vollen additiven GuV-Wirkung der im Rahmen der Risikolandkarte entwickelten Brutto-Szenariowerte in Höhe von 5.500 T€ (5.340 T€ + 3 % Steigerung) T€ ausgegangen.

Zentrale Elemente der Steuerung sind das Überwachungssystem durch eingerichtete Kontrollen, Tätigkeit der Innenrevision und Berichterstattung der Fachbereiche an den Vorstand. Der Vorstand wird bei bedeutenden Schadenfällen Ad-hoc und vierteljährlich über ermittelte Risiken informiert.

Unser zentraler IT-Dienstleister, die Finanz-Informatik GmbH & Co. KG in Frankfurt, ist der Dienstleister für alle deutschen Sparkassen. Diese zentrale IT-Dienstleistung ist als Konzentrationsrisiko erkannt und wird im Rahmen der Risikobetrachtung gewertet. Die Konzentration ist für die Sparkassen-Finanzgruppe gewollt und wirtschaftlich sinnvoll.

4.3 Zusammenfassende Beurteilung der Risikolage der Sparkasse Allgäu

Die Sparkasse verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit angemessenes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling der Sparkasse können die Risiken frühzeitig identifiziert, Informationen über die Risiken an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet und diese gesteuert werden. Die Ermittlung der Risiken erfolgt über einen einheitlichen Risikobetrachtungszeitraum von einem Jahr. Bei der Beurteilung der Risikolage ergeben sich aus Sicht der Gewinn- und Verlustrechnung aktuell keine Anzeichen auf erhöhte Risiken. Die Risiken bewegten sich jederzeit innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Rahmens. Das mit 89,0 Mio. € vorgegebene Gesamtbankrisikolimit war am Bilanzstichtag mit 74,5 % ausgelastet. Risiken, die zusätzlich wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse haben, sind nicht erkennbar.

Die Risikotragfähigkeit war in der Vergangenheit und ist aus heutiger Sicht auch in der Zukunft gegeben.

Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse bzw. Marktentwicklungen durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.

Auch im Hinblick auf die neuen Mindesteigenmittelanforderungen durch die Capital Requirement Regulation (CRR) ist die Risikotragfähigkeit nach derzeitigem Planungstand in den Berichtszeiträumen 2015 bis 2020 angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens- bzw. Substanzsituation der Sparkasse entsprechend den Risikotragfähigkeitsanalysen im Planszenario gegeben.

Die Risikolage ist insgesamt als vertretbar einzustufen. Hinsichtlich der Adressenstruktur Beteiligungen, dem Zinsspannenrisiko, der Assetklassenstruktur, der Refinanzierungsstruktur Eigengeschäft und im Bereich der IT-Systeme bestehen Risikokonzentrationen. Diese erkannten und akzeptierten Risikokonzentrationen sind Bestandteil des Sparkassengeschäftsmodells bzw. des S-Finanzverbundes und finden Berücksichtigung im Rahmen des Risikomanagementprozesses.

Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind auf Basis der Risikoinventur nicht erkennbar. Wir weisen jedoch auf die im Vergleich mit den bayerischen Sparkassen seit Jahren unterdurchschnittlichen Betriebsergebnisse vor Bewertung hin.

Die Sparkasse hat ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Rentabilitätssituation beschlossen. Hierdurch wird eine Annäherung an den Verbandsdurchschnitt ermöglicht.

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des Sparkassenverbandes Bayern teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden bestimmte Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Sparkasse einer Bewertungsstufe zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Risikostufe zugeordnet.

Hinsichtlich der Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen verweisen wir auf die Ausführungen zur Vermögenslage.

Insgesamt entsprechen die Risikomanagementsysteme der Sparkasse ihrem Risikoprofil und ihrer Strategie.

Wir halten die Eigenkapitalausstattung hinsichtlich der Unterlegung der aktuellen und zukünftigen Aktivitäten der Sparkasse für angemessen.

5. Prognosebericht

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Trends und Veränderungen im Marktumfeld und unsere Chancen hieraus werden im jährlichen strategischen Planungsprozess analysiert und gewertet. Als Grundlage dienen u. a. die Ausarbeitungen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, des Sparkassenverbandes Bayern und der Verbundpartner.

Chancen sehen wir vor allem in einer stabilen konjunkturellen Entwicklung oder in einem veränderten Umfeld in den Geld- und Kapitalmärkten.

Wir gehen wie in 2015 von einer stabil wachsenden Wirtschaft in unserer Region aus. Dadurch erwarten wir neben stabilen oder gar sinkenden Arbeitslosenzahlen auch Einkommenssteigerungen bei den Privathaushalten, die sich in unserem Einlagenwachstum zeigen können. Bei den Unternehmen wird sich die weitere positive Wirtschaftsentwicklung stabilisierend auswirken. Entsprechend rechnen wir mit weiteren Investitionen bei weiterhin geringen Risiken aus dem Firmenkreditgeschäft.

Die anhaltend niedrigen Zinsen führen zu weiterhin sinkenden Zinsspannen. Diesen sinkenden Erträgen kann nur durch entsprechende Veränderungen in der Sparkasse gegengesteuert werden. Unter dem Schlagwort „Strategie 2020“ wurden in 2015 bereits die Weichen zur Veränderung in der Sparkasse gestellt.

Durch den Aufbau des neuen Bereiches „Medialer Vertrieb“ wird der zunehmenden Digitalisierung der Bankenwelt Rechnung getragen. Zusammen mit unserer Telefonfiliale und den Filialen vor Ort runden wir hier das Angebot für unsere Kunden optimal ab und erweitern damit die Chancen, dass wir unsere Kunden bedarfsgerecht erreichen und beraten. Bei den entsprechenden Geschäftsabschlüssen ist damit eine Ertragssteigerung zu erwarten.

Bei einer weiterhin positiven Entwicklung auf dem Aktienmarkt besteht die Chance im Kundengeschäft die Erträge im Wertpapier- und Depotgeschäft zu steigern. Das Niedrigzinsumfeld kann diese Entwicklung begünstigen.

Auch aus dem weiteren Ausbau der Verbund- und Vermittlungsgeschäfte erwarten wir die Möglichkeit zu einer Verbreiterung der Ertragsbasis.

Durch ein gezieltes Kostenmanagement erwarten wir nur moderat steigende Sachkosten.

Im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter/-innen sehen wir uns durch die kontinuierliche Ausbildung von neuen Mitarbeitern gut gerüstet, so dass wir auch künftig auf eine ausreichende Anzahl von hochqualifizierten Mitarbeitern zurückgreifen können.

Durch unsere Ertragskraft und die angemessene Eigenkapitalbasis sehen wir uns gut gerüstet, die Kundenbedürfnisse auch in Zukunft abdecken zu können.

5.1 Geschäftsentwicklung

5.1.1 Gesamtwirtschaftliche Erwartungen

Leichte Erholung der Weltwirtschaft, aber unter großen Risikofaktoren

Die Prognose des Internationalen Währungsfonds für die Weltwirtschaft vom Januar 2016 geht für dieses Jahr von einer leichten Beschleunigung des Wachstums der Produktion und des Handels aus. Diese Erholung soll sowohl von den Industriestaaten als auch von den Schwellenländern getragen werden. Allerdings schwebt über diesem vorsichtig optimistischen Szenario eine Vielzahl von Risikofaktoren.

Die geopolitischen Risiken aus dem Terror und aus den zahlreichen auch militärisch ausgetragenen Konflikten können jederzeit eskalieren. Wie kontrolliert der Umstrukturierungsprozess des Wachstums in China gelingt und welche Störungen davon erneut ausgehen können, ist ebenfalls kaum absehbar. Auch die weltweite Rohstoffnachfrage ist maßgeblich von China abhängig. So erfreulich eine verbilligte Rechnung für die Importeure und Verbraucher von Öl und anderen Rohstoffen auch ist, so sehr bringt dies die Förderländer selbst unter Druck. Dort bedeuten die Preiseinbrüche zumindest Einkommensverluste und womöglich auch Insolvenzen von zentralen Unternehmen des Rohstoffsektors sowie Druck auf die Staatshaushalte jener Länder. Daraus entstehende Verspannungen an den Finanzmärkten könnten negativ auf die Weltwirtschaft insgesamt ausstrahlen. Schließlich könnte die eingeleitete Zinswende im US-Dollar zu verlagerten internationalen Kapitalflüssen und verstärkten Währungsschwankungen führen. Ein aufwertender Dollar könnte ausländische Schuldner, die in dieser Währung verschuldet sind, in Probleme stürzen, erst recht, wenn es sich um Rohstoffexporteure handelt, deren Erlöse weggebrochen sind.

Jedes dieser Risikofelder hat einzeln schon das Potenzial, die Entwicklung der Weltwirtschaft 2016 erheblich zu stören. Im Zusammenwirken könnten sich schwerer wiegende Rückschläge kumulieren.

Zusätzliche institutionelle Risiken in Europa

In Europa ist das Hauptszenario ebenfalls eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung – unter begleitenden Risiken. Europa profitiert als Netto-Importeur zunächst von der weiter verbilligten Ölrechnung. Allerdings sind viele der Lieferländer zugleich Kunden des Exports von Fertigwaren aus europäischen Ländern, so dass die Schwäche von Teilen der Weltwirtschaft hierher zurückschlagen könnte.

Zu den weltwirtschaftlichen Risikofeldern treten spezifische europäische Problemlagen: So ist der Integrationsstand des Binnenmarktes politisch bedroht. Eine Schließung der Grenzen im Schengen-Raum in Reaktion auf die Flüchtlingsmigration würde einen Schlag für den freien Personen- und Warenverkehr im Gemeinsamen Markt bedeuten. Dazu kommen Abspaltungserwägungen wie etwa im Fall des Volksentscheids im Vereinigten Königreich. Ein Austritt des UK würde die Gewichte in der EU erheblich verschieben und den Charakter der Union verändern.

Wirtschaftspolitisch sind einige der Länder mit Struktur- und Schuldenproblemen noch nicht über den Berg. Eine Krise in Griechenland kann jederzeit wieder aufflammen, und Italien lässt in seinen Reformanstrengungen zuletzt spürbar nach. Frankreich kämpft mit der Einhaltung der fiskalischen Grenzen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Spanien war in den letzten beiden Jahren eine Erfolgsstory mit schnellen Erholungsraten; doch ist dort der weitere Weg nach dem fragmentierten Ergebnis der Parlamentswahlen Ende 2015 unklar.

Trotz all dieser Unwägbarkeiten scheint eine Fortsetzung der Erholung im Euroraum möglich. Der IWF setzt im Januar-Update seines Wirtschaftsausblicks die zu erwartende Wachstumsrate für den Währungsraum mit 1,7 Prozent an.

Deutschland mit ähnlichem Wachstumsszenario wie im Vorjahr

Das am 25. Januar veröffentlichte ifo-Geschäftsklima hat der Entwicklung im neuen Jahr auch in Deutschland einen ersten Dämpfer versetzt. Sowohl die Lageeinschätzung als auch noch stärker die Erwartungen haben sich eingetrübt. Dazu kommen die auch hierzulande eingetretenen Kursverluste an den Aktienmärkten in den ersten Tagen des Jahres, die für Verunsicherung sorgen.

Doch die meisten bisher vorliegenden makroökonomischen Prognosen für Deutschland zeichnen ein recht positives Szenario. Das Wachstum dürfte auch 2016 in ähnlicher Höhe wie im Vorjahr erreichbar sein. So sagt die Deutsche Bundesbank in Ihrer Konjunkturprojektion von Dezember 2015 ein Wachstum von 1,8 Prozent für das neue Jahr voraus. Damit würde sich Deutschland in etwa im Mittelfeld des Euroraums bewegen.

Und auch die Struktur des deutschen Wachstums könnte im neuen Jahr ähnlich zu der des alten ausfallen. Vor allem die Binnennachfrage gilt als robust und sollte das Wachstum 2016 tragen. Von der starken Binnennachfrage stimuliert dürften die Importe 2016 allerdings deutlich stärker zulegen als die Exporte, die sich im risikoreicheren weltwirtschaftlichen Umfeld behaupten müssen. Die Entwicklung des Außenbeitrags würde damit das BIP 2016 eher bremsen.

Bei den Investitionen dürfte sich die Struktur der Zuwächse 2016 stärker zu den Bauinvestitionen verlagern. Wie groß die Investitionsdynamik insgesamt wird, ist noch offen. Im dritten Jahr in Folge mit einem Wachstum oberhalb des Produktionspotenzials wäre eigentlich ein gewisser Kapazitätsausbau nötig. Daran wird die Entwicklung der Investitionen 2016 zu messen sein. Die gemäß der Bundesbank-Prognose in Aussicht gestellten 2,4 Prozent Zuwachs der Anlageinvestitionen insgesamt wären dafür bestenfalls als ausreichend zu bezeichnen.

Der Staatskonsum dürfte dagegen 2016 noch einmal überproportional zulegen, wozu weiterhin auch die Ausgaben für die Flüchtlinge beitragen. Der private Konsum sollte ebenfalls wieder recht kräftig wachsen, da weiterhin eine gute Beschäftigungslage und steigende Einkommen bei niedrigem Preisauftrieb im Raum stehen.

Arbeitsmarkt peilt erneut Rekordwerte an

Für den deutschen Arbeitsmarkt erscheinen 2016 erneut Höchststände bei der Zahl der Erwerbstätigen möglich. Noch einmal gut 300 Tausend Personen mehr könnten am Arbeitsmarkt aktiv sein. Bei weiter, auch durch die Zuwanderung, steigendem Erwerbersonnenpotenzial könnte dies mit einer ungefähr unveränderten Arbeitslosenquote einhergehen.

Preisentwicklung zieht etwas an, bleibt aber immer noch unter Zielniveau

Die Preisentwicklung in Deutschland und im Euroraum bleibt weiter gedrückt, auch durch die Anfang 2016 noch einmal gesunkenen Ölpreise. Trotzdem dürften sich die Inflationsraten im Jahresverlauf leicht erhöhen. Beim Ölpreis setzen für die Jahresraten demnächst Basiseffekte ein, wenn die auch schon im Vorjahr niedrigen Vergleichspreise herangezogen werden. Bei den Kernraten, die die volatilen Energiepreise ausblenden, dürfte der Anstieg deshalb verhaltener ausfallen. Dafür liegen die Kernraten bereits zu Jahresbeginn auf höherem Niveau von über einem Prozent.

Spannungen aus der Geldpolitik

Im Euroraum ist die Preisentwicklung eine Idee schwächer als in Deutschland, aber in der Tendenz ähnlich. Die Inflationsraten werden damit auch 2016 weiter unter dem Ziel der EZB von unter, aber nahe bei zwei Prozent liegen. Aber sie steigen allmählich an, und die Kernraten sind stabil höher. Die auch in der Vergangenheit schon nicht wirklich akuten Deflationsgefahren schwinden damit immer weiter. Dennoch könnte die EZB sich veranlasst sehen, noch einmal mit expansiven Schritten tätig zu werden. Aus Sicht des DSGV wäre dies nicht geboten. Vielmehr sollte die EZB zunächst die Wirkung ihrer zahlreichen bereits getroffenen und zuletzt erst im Dezember 2015 verschärften Maßnahmen abwarten.

Eine aktionistische, immer expansivere Geldpolitik läuft zudem Gefahr, die Spannungen zu verschärfen, wenn die Federal Reserve jenseits des Atlantiks 2016 ihre Zinsanhebungen fortsetzen sollte. Insbesondere der Devisenmarkt und die internationalen Kapitalflüsse könnten davon beunruhigt werden.

Damit schließt sich der Kreis zu der Vielzahl von Risiken, die über dem Ausblick für 2016 schweben. Die Hauptszenarien für das neue Jahr bleiben aber zunächst wie skizziert moderat positiv.

Für das Geschäftsgebiet der Sparkasse rechnen wir mit einer ähnlichen Entwicklung wie in Deutschland.

5.1.2 Geschäftsentwicklung der Sparkasse

Die Prognosen, die sich auf die Entwicklung der Sparkasse für das bevorstehende Jahr beziehen, stellen Einschätzungen dar, welche die Sparkasse auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen getroffen hat. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können. Hier verfügt die Sparkasse im Rahmen ihrer Risikosteuerung über Instrumente und Prozesse, um die Abweichungen von den Erwartungen zu erkennen, zu analysieren und ggf. steuernd einzugreifen.

Die Sparkasse sieht sich den Herausforderungen eines dynamischen Wettbewerbsumfeldes gegenüber. Hierzu zählen unter anderem der starke Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten aber auch die große Regulierungsdichte und die Nullzinspolitik.

Vor diesem Hintergrund, den gesamtwirtschaftlichen Erwartungen und der Branchensituation erwarten wir für das Geschäftsjahr 2016 eine weiterhin steigende Bilanzsumme. Das Wachstum planen wir im Geschäft mit unseren Kunden. Das Eigengeschäft werden wir weiterhin als zusätzliches Geschäftsfeld im bisherigen Umfang betreiben. Das Eigengeschäft dient zum Ausgleich der Schwankungen im Kundengeschäft.

5.2 Vermögenslage

Wir planen im gewerblichen und privaten Kreditgeschäft auf Basis der Jahresendbestände mit einem Wachstum bis zu 3,4 %. Bei den Kundeneinlagen liegen unsere Erwartungen mit 1,8 % etwas niedriger.

Die Sparkasse hat einen Prozess zur Planung des künftigen Kapitalbedarfs installiert. Danach können bis 2019 die künftigen regulatorischen Anforderungen auch über den Planungshorizont der Risikotragfähigkeitsberechnung hinaus erfüllt werden. Neben der Planung betrachtet die Sparkasse auch adverse Szenarien.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Die Sparkasse kann das für die Geschäfts- und Risikostrategie notwendige Kapital aus dem erwarteten künftigen Gewinn weiterhin erwirtschaften.

5.3 Finanzlage

Nach unserer Finanzplanung wird die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer auch im Jahr 2016 über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,25 (bzw. nach LCR Szenario 0,9) liegen. Damit ist auch davon auszugehen, dass die aufsichtsrechtlichen Vorgaben jederzeit einhalten werden. Wir gehen davon aus, dass auch im gesamten Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft jederzeit gewährleistet ist.

5.4 Ertragslage

Die Entwicklung des Ergebnisses vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt.

Die Sparkasse erwartet in ihrer Planung für das Jahr 2016 weiterhin konstant niedrige Zinssätze in allen Laufzeiten. Die Aktienmärkte werden dadurch - trotz der zu erwartenden Volatilität - für die Anleger interessant bleiben.

Durch den steigenden Wettbewerb im Kreditgewerbe wird die Zinsspanne im Geschäft mit unseren Kunden weiter unter Druck bleiben. Zusätzlich wird es bei gleichbleibend niedrigen Zinssätzen zu einer weiteren deutlichen Verengung der Zinsspanne kommen. Der Zinsüberschuss wird sich entsprechend unserer Prognose weiter verringern.

In 2016 erwarten wir erneut ein leicht steigendes Provisionsergebnis. Neben den stabilen Preisen aus der Kontoführung und dem Zahlungsverkehr wird durch den weiteren Ausbau der Verbund- und Vermittlungsgeschäfte die Möglichkeit zu Ertragssteigerung gesehen.

Trotz einer eingerechneten Tarifsteigerung von 2,5 % und Höhergruppierungen erwarten wir für 2016 einen nahezu unveränderten Personalaufwand. Der übrige Verwaltungsaufwand wird um rund 0,9 % höher als im abgelaufenen Geschäftsjahr geplant. Mit einem konsequenten Kostenmanagement wird die Sparkasse den prognostizierten Anstieg beim Verwaltungsaufwand in engen Grenzen halten.

Aufgrund der erwarteten Stabilität an den Geld- und Kapitalmärkten haben wir ein gleichbleibendes Bewertungsergebnis in unseren Planungen berücksichtigt. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird neben der Konjunktorentwicklung insbesondere durch die regionale Wirtschaftsentwicklung nachhaltig beeinflusst. Aufgrund des erwarteten positiven Verlaufes rechnen wir gegenwärtig für das Jahr 2016 mit einer geringeren Risikovorsorge im Kreditgeschäft als dies im Durchschnitt der vergangenen Jahre der Fall war. Eventuell notwendige Abschreibungen auf das Beteiligungsportfolio (Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen) haben wir angemessen berücksichtigt. Die Risikovorsorge für die Eigenanlagen wird maßgeblich durch die Entwicklung der Geld- und Kapitalmärkte beeinflusst. In den Planungen haben wir einen durchschnittlichen Vergangenheitswert berücksichtigt.

Für das Geschäftsjahr 2016 erwarten wir einen konstanten Jahresüberschuss auf dem Niveau des Vorjahres.

5.5 Gesamtaussage

Die Perspektiven für das Geschäftsjahr 2016 beurteilen wir positiv. Soweit aus heutiger Sicht prognostizierbar, erwarten wir bei planmäßigem Verlauf des Geschäftsjahres 2016 eine stetige Geschäftsentwicklung mit einem im Vergleich zum zurückliegenden Jahr geringeren Zinsüberschuss, der jedoch über höhere Provisionseinnahmen teilweise aufgefangen wird. Die Sparkasse kann das für die Geschäfts- und Risikostrategie notwendige Kernkapital aus dem erwarteten künftigen Gewinn weiterhin selbst erwirtschaften.

Kempton, den 3. März 2016

Sparkasse Allgäu
Vorstand

Manfred Hegedüs

Manfred Kreisle

Heribert Schwarz

Kempton, 9. Mai 2016

Sparkasse Allgäu
Vorsitzender des Verwaltungsrats
Thomas Kiechle

BERICHT DES VERWALTUNGSRATES DER SPARKASSE ALLGÄU

Der Verwaltungsrat hat während des Berichtsjahres die ihm nach den gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen obliegenden Aufgaben, die auch die Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes umfassen, in turnusmäßigen Sitzungen wahrgenommen. Der Verwaltungsrat wurde vom Vorstand während des Berichtsjahres laufend über die wirtschaftliche Lage und Entwicklung, grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik sowie über alle sonstigen wichtigen Angelegenheiten der Sparkasse eingehend unterrichtet. Alle Fragen von grundsätzlicher Bedeutung sowie alle wichtigen Geschäftsvorfälle wurden erörtert.

Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht hat die Prüfungsstelle des Sparkassenverbandes Bayern geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Mit Beschluss des Verwaltungsrates vom 18. Juli 2016 wurde der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 festgestellt sowie der Lagebericht über das Geschäftsjahr 2015 gebilligt.

Entsprechend dem Vorschlag des Vorstandes beschloss der Verwaltungsrat, den Bilanzgewinn des Jahres 2015 über € 3.737.358,92 in voller Höhe der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Kempton, den 18. Juli 2016

Sparkasse Allgäu
Vorsitzender des Verwaltungsrates
Thomas Kiechle

	Dieses Dokument wurde amtssigniert.
	Dieses Dokument ist amtssigniert im Sinne des E-Government-Gesetzes. Mechanismen zur Überprüfung des elektronischen Dokuments sind unter https://pruefung.signatur.rtr.at/ verfügbar. Ausdrucke des Dokuments können beim Amt der Vorarlberger Landesregierung Landhaus A-6901 Bregenz E-Mail: land@vorarlberg.at überprüft werden.